

# Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 84 SONNTAG, 20. Januar 1935

Aus dem Inhalt:

Julius Deutsch, Reise in Amerika  
Lehren von der Saar  
Hitler — einmal ehrlich  
Alldutsche Bekenntnisse

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

## Lehren von der Saar

Die Saar ist verloren — wir kämpfen um Deutschland!

Fahnen über Deutschland! Fackelzüge, Freudenfeuer verkünden einen Sieg Hitlers.

Das Saargebiet hat fast genau so abgestimmt, als ob noch Wilhelm Marx oder Hermann Müller Reichskanzler wäre.

»Nun laßt die Glocken von Turm zu Turm durchs Land frohlocken im Jubelsturm.«

Die Freude der Nazi ist verständlich. Der Verlust, den sie erlitten haben — 8,4 Prozent — ist viel geringer, als sie selbst erwartet hatten. Er ist erschütternd gering!

Die Weltgeschichte ist um einen der vielen Siege, die Gewalt und Unverständnis über Menschlichkeit und Vernunft gewonnen haben, reicher. Viele von uns sind um eine Illusion ärmer.

An dieser Stelle ist noch vor der Abstimmung so deutlich wie es damals möglich war, gesagt worden, daß mit einer Niederlage gerechnet werden muß. Der Kampf, der an der Saar geführt wurde, war unvermeidlich, aber er war schon verloren an dem Tage, an dem er begann.

Dreizehn Jahre lang hatten wir Sozialdemokraten für die Rückkehr der Saar zum Mutterlande gewirkt. Wir hatten von Frankreich eine Vorverlegung des Termins zu erlangen versucht, Frankreich bestand auf dem Buchstaben des Vertrages. Eine Vorverlegung des Termins wäre eine große Geste der Versöhnung gewesen und für die deutsche Republik ein großer Erfolg. Man hat der Republik damals den Erfolg nicht gegönnt — und so kann heute Hitler den Sieger spielen.

Daß wir der sofortigen Rückkehr der Saar zu Deutschland widersprechen könnten — dieser Gedanke wäre uns noch vor zwei Jahren geradezu aberwitzig erschienen. Die schäbigste Bürgerblockregierung, die schwärzeste Reaktion hätte uns nicht dazu vermocht. Erst als das Ungeheuerliche geschah, daß eine Verbrecherbande sich des Reiches bemächtigte, als Mord, Brandstiftung und Raub zu Maximen deutscher Staatskunst geworden waren, da erst bekam auch das Saarproblem für uns ein neues Gesicht. Rückkehr zum Reich bedeutet jetzt Versinken auch der saarländischen Arbeiter in die abscheulichste Sklaverei, Auslieferung der weitanschaulichen und rassischen Minderheiten des Landes an viehische Folterknechte. Die Selbstverständlichkeit von gestern war die Unmöglichkeit von heute. Weil kein anderer Weg sichtbar war, aus der Verzweiflung heraus, kam die Parole des Status quo.

Die Parole des Status quo hat nicht gezündet, denn sie wurde nicht verstanden. Sie war falsch formuliert, denn niemand wollte ja die Verewigung des gegebenen Zustandes, niemand fand an dem Status quo mit einem englischen Gouverneur, einer französischen Bergwerksdirektion und einer englisch-italienisch-holländisch-schwedischen Militärbesatzung Gefallen. Die Parole des Status quo war eine typische Parole des kleineren Uebels. Und eine Parole auf Zeit. In Wirklichkeit bedeutete sie nur, daß der ganz selbstverständliche naturnotwendige Wiederanschluß des abgetrennten Gebietes verschoben werden sollte bis zu dem Tage, an dem Deutschland wieder ein zivilisierter Staat sein wird. Was vorgeschlagen war, war ein Provisorium, und wer kann sich für ein Provisorium begeistern?

Damit soll die Bedeutung der Niederlage an der Saar nicht verkleinert werden. Sie war unvermeidlich und leicht voraus-

zusehen, in solcher Größe hat sie aber kaum jemand erwartet. Auch pessimistische Prophezeiungen gingen über die erreichten 8,4 Prozent weit hinaus. In der Tat war schwer vorzusehen, daß die Opposition am 13. Januar 1935 an der Saar schwächer sein würde, als sie im Innern Deutschlands schon am 19. August 1934 gewesen ist.

Das Saarland konnte die Wahrheit erfahren. Es wußte von den Marxisten- und Judenhetzen in Deutschland, es wußte auch von der Verfolgung der katholischen Kirche, von den ruchlosen Morden an Klausener und seinen Schicksalsgenossen, von der Einkerkung katholischer Geistlicher, von den Greueln des Columbia-Hauses und der Konzentrationslager, vom Raub am Arbeitereigentum, von der Vernichtung der Arbeiterrechte, von der Zerschlagung nicht nur der freien, sondern auch der christlichen Gewerkschaften. Trotzdem hat sich das Saarland, dessen Bevölkerung zum größten Teil aus Arbeitern besteht und in dem bei früheren Wahlen eine sichere Zentrumsmehrheit einer sozialdemokratisch-kommunistischen Minderheit gegenüberstand, mit einer Neunzehntelmehrheit für den Anschluß an das Reich entschieden, in dem sich solche Dinge zutragen, solche Zustände herrschen!?

Wie war das möglich? Was war es, daß den Sieg des Feindes und unsere Niederlage entschied?

Das war wohl vor allem die alles niederwerfende, alles niederwalzende Gewalt

des Nationalgefühls. Wer an dieses Nationalgefühl nicht glaubt und nicht mit ihm rechnet, ist ein schlechter Politiker. Unser Freunde an der Saar waren sich der Kraft dieses Gefühls durchaus bewußt. Immer wieder haben sie — vollkommen richtig und wahrheitsgemäß — versichert, daß die Entscheidung für vorläufige Beibehaltung des Status quo eine Entscheidung nicht gegen, sondern für Deutschland sei, aber ihr Gedankengang war viel zu kompliziert, als daß er auf Massen hätte wirken können. Die Massen hörten nur »für Deutschland!« gingen hin und stimmten — für Hitler. Die meisten haben wahrscheinlich diese Wirkung durchaus nicht gewollt, sie haben für den sofortigen Anschluß gestimmt, nicht wegen Hitler, sondern trotz Hitler. Dieser kann trotzdem den Gewinn für sich buchen.

Es war aber wohl nicht das Nationalgefühl allein, das an der Saar entschied, es war auch das Gefühl einer gewaltigen, unwiderstehlichen Macht gegenüberzustehen. Dieses Gefühl wurde durch die braune Propaganda auf das Geschickteste gefördert und gesteigert.

Macht zieht Massen an. In der Masse ist jeder einzelne ein Erfolgebauer. Der Erfolg imponiert zunächst, er entschuldigt in den Augen vieler auch die Abscheulichkeit der angewandten Mittel. Der Blutgeruch, der einem Regime anhaftet, wirkt lange nicht so abstoßend, wie wir Sozialdemokraten — unentwegte Gläubiger des Humanitätsgedankens — anzuneh-

men pflegen. Die Ernüchterung kommt später.

Daneben haben natürlich ordinärer Terror und niederträchtige Lüge ihre Rolle gespielt. Man hat sich nicht geschämt, den gefangenen Thälmann mit gefälschten Flugblättern vor den braunen Propagandakarren zu spannen. Man hat noch in letzter Stunde Aufrufe angeblicher sozialdemokratischer und kommunistischer Organisationen produziert, in denen unter heftiger Verfluchung aller Emigranten und Separatisten der sofortige Anschluß an das Hitlerreich gefordert wurde. Alle diese gemeinen und schmutzigen Mittel hätten aber nicht verfangen, wenn nicht breite Massenströmungen der braunen Propaganda zu Hilfe gekommen wären.

Niederlagen sind dazu da, daß man aus ihnen lernt. Der nun abgeschlossene Kampf an der Saar hat manche Dinge in einem neuen Lichte gezeigt. Auch denen, die bisher in der Bildung einer sozialdemokratisch-kommunistischen Einheitsfront das große Zaubermittel erblickt haben, das alle Proletarierherzen gewinnt, und alle Kerker des Klassenstaates sprengt, mag er zu denken geben...

Ihr aber, tapfere Freunde an der Saar, Kopf hoch! Der Kampf, in dem ihr ehrenvoll unterlag, war keine Entscheidungsschlacht, sondern nur ein Gefecht auf einem Nebenkriegsschauplatz! Die Saar ist verloren — auf, kämpfen wir um Deutschland!

## Wer wird Vizekanzler?

Der Kampf um die Macht — Schacht gegen Göring

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Die Wahrscheinlichkeit einer Ernennung Schachts zum Mitdiktator und Vizekanzler hat in den Kreisen um Göring die größte Bestürzung hervorgerufen. Seit langem hat Göring darauf hin gearbeitet, selbst der Nachfolger Papens zu werden, — wenn möglich in Verbindung mit einer Ernennung zum Wehrminister!

Weder Hitler, noch Heß oder Göbbels haben diese Bemühungen unterstützt. Hitler nicht, weil er begründete Furcht vor dem sich zeitweilig seitens Görings äußernden maßlosen Ehrgeiz Görings hat, wozu nicht wenig der offen ausgesprochene Wunsch der Göring-Clique beigetragen haben mag, daß der Lammetahermann mit Hilfe der Monarchisten und der Reichswehr den zögernden Hitler ablösen möge; Heß und Göbbels nicht, weil sie aus Gründen der persönlichen Sicherheit eine allzu starke Stellung Görings verhindern müssen, wobei außer acht gelassen ist, daß zeitweilig besonders Heß den lebhaften Wunsch hatte, Vizekanzler zu werden, um auf diese Weise die verlorene Verbindung der Partei mit der Regierung wieder herzustellen.

Nach dem Sturz Papens hatte Hitler erklärt, daß

der vakante Posten des Vizekanzlers unverzüglich wieder besetzt werden sollte. Das war auch offenbar seine Meinung gewesen; aus den angeführten Gründen unterblieb jedoch die Ernennung.

Heute ist die Stellung Schachts so stark geworden, daß seine formelle Ernennung zum Vizekanzler nur den gegebenen Tatsachen Rechnung tragen würde. Er darf sich offen

der völligen Uebereinstimmung seiner politischen Absichten mit denen des Blombergflügels der Reichswehr rühmen; er führt die breite Front und duldet gerade noch, daß an den abgelegenen Seitenfronten die Nazi ihre Dummheiten weiter machen dürfen; er kommandiert und dirigiert und läßt die Nazi reden. Jetzt wünscht er eine auch nach außen sichtbare Beleuchtung seiner überragenden Stellung und begegnet hierbei nicht nur den Wünschen der Reichswehr, sondern auch denen — Hitlers!

Hitler weiß, daß er zu wählen hat zwischen Göring und Schacht.

Er weiß auch, daß ihm Schacht unter Umständen sehr gefährlich werden kann. Trotzdem wird er sich für den Wirtschaftsdiktator entscheiden.

Nicht nur, weil er dadurch Göring in der gewünschten Disanz halten kann, sondern vor allem, um sich gelegentlich des sehr selbständigen Schacht am bequemsten entledigen zu können.

In der Naziführung ist man sich durchaus darüber klar, daß die Popularität der Nazi-partei und der Regierung rapid im Schwinden begriffen ist. Die Entfremdung zwischen Volk und Partei, Volk und Regierung ist fast hoffnungslos. Das Schlimmste ist, daß Hitler nicht mehr die Macht hat, den Kurs zu ändern, selbst wenn er den Willen dazu hätte. Die Not wächst, die Unruhe steigt, die Unzufriedenheit wird täglich größer. Dazu kommt noch die um sich greifende Opposition in den eigenen Reihen! Der Kredit Hitlers geht langsam aber sicher verloren — und darum braucht man einen Sündenbock! Man braucht ihn dringend, denn wer

weiß denn, wie lange die gegenwärtige Form des Zusammenbruches noch anhält? Aus den Reihen der prominenten Parteiführer aber darf und kann der Sündenbock nicht genommen werden; Schacht jedoch kann und soll es sein! Wenn der politische Zustand die persönliche Bloßstellung eines hervorragenden Regierungsmitglieders notwendig machen sollte, dann wird es Schacht sein müssen. Ihm werden Hitler und die Nazi alles aufbürden, was das Volk belastet; er wird der allein Verantwortliche sein. — So glauben sich die Nazi noch einmal aus der gefährlichen Schlinge ziehen zu können.

Der Plan ist gut; sein Vater heißt Göbbels. Er hat nur einen Fehler: die Pläne von Schacht sind besser!

Der Wirtschaftsdiktator denkt nicht daran, Hitler aus der Verantwortung zu lassen. Er wird solange in der Rolle des »bescheidenen Zweiten« verharren, wie der unbescheidene »Erste« noch gebraucht wird — also bis Hitler rettungslos verloren ist. In dem Augenblick, da Hitler seinen Sündenbock braucht, wird seine eigene Stellung ohnmächtig sein. Der Wirtschaftsdiktator besitzt nicht nur den entscheidenden Apparat der Wirtschaft und Finanzen, sondern auch den der bewaffneten Gewalt.

Hinter Schacht stehen Blomberg und die entscheidenden Stellen der Reichswehr. Ueber Hitler und den Nationalsozialismus siegt die Diktatur des honetten Finanzkapitals, und manch einer wird darüber klagen dürfen, der heute noch im Besitz großer Macht wähnt.

Als Cesare Borgia vor Sinigaglia die rebellischen Kondottieri Italiens umzubringen

# Sterbende Zeitungen

gedachte, sagte er zu Machiavelli: »Die Eisenfresser wissen genau, was sie von mir zu erwarten haben; sie wissen, daß ihr Kommen Tod heißt. Aber sie werden trotzdem kommen, sie werden rennen! Ihr Charakter und der Himmel wollen es so.« Darauf Machiavelli: »Sehr wahrscheinlich, sehr wahrscheinlich... diese Leute werden toll genug sein, es zu tun...«

## Der Radfahrer

Aus Berlin wird uns geschrieben:  
Man glaubt nicht, was aus belanglosen jungen Menschen werden kann, wenn sie so strebsam und charaktertätig sind, wie jener junge Mann, der uns vor etwa 30 Jahren im Scherischen Redaktionsbetrieb vorgestellt wurde. Er kam frisch von der Akademie, sah reichlich langweilig aus, und knallte vor allem, was wie Vorgesetzter aussah, die Hacken zusammen. Er wurde im lokalen Teil ausprobiert, erwies sich als talentlos und der jüngste unstudierte Volontär schlug ihn mühelos. Es kam ja auch gar nicht darauf an, er hatte gute Verbindungen, sollte dann anderweitig Karriere machen und wäre in nichts aufgefallen, wenn das mit dem Hackenknallen nicht gewesen wäre. Die Kollegen vom Lokalen rangen die Hände, es ging ihnen auf die Nerven, täglich standen sie vor der Frage: Wie lockert man das Kerlchen ein bißchen auf, er bamiert ja die ganze Innung. »Mensch«, sagte ihm eines Tages der Ressortchef, »dieses Strammstehen haben Sie doch gar nicht nötig. Wozu die Anstrengung, lassen Sie doch die Stiefelabsätze in Ruhe.«

»Jawohl«, dienerte der gewesene Korpstudent — und knallte die Hacken zusammen. Es war nichts zu machen. Aber was unter ihm stand, das konnte er kaum eines Grußes würdigen.

Nach einigen Monaten verließ er uns, sein Pressepensum war abgedient; wir hörten, daß nun das Bankfach drankam. Ein Jahr später — ich war nicht mehr in der Zeitung — sah ich unsern ehemaligen Volontär wieder. Im Portal einer großen Bank. Dort war er avanciert und konnte kaum aus dem Stehkragen gucken. Einen Moment sah er mich, dann glitt sein Blick stolz an mir vorbei. »Hallo, wir kennen uns«, sagte ich lächelnd — er tippte kaum an den Hut, weg war er. Das brauchte uns nicht mehr, das mußte jetzt die Absätze vor anderen zusammenknallen.

So hat ers gehalten sein Leben lang — es war der Radfahrer Dr. Hjalmar Schacht... Heute reißt er die Knochen vom obersten Führer zusammen. Wie lange noch, dann tritt Hjalmar auch nach dieser Seite.

Er ist der typische deutsche Untertanenführer, bedeutet rechtens ein Kabinettsstück der Hitlerschen Mamelukenregierung und wird sich in Bälde ganz nach oben gedienert und getreten haben. Denn beim deutschen Bürgertum hat noch immer der höchste Krug die höchsten Chancen.

## Die neue Litanei

Bei Augsburg erscheint der »Christkönigsbote«, das Blatt einer katholischen Vereinigung. In der Folge 57 wird eine neue Fürbittlitanei zitiert und empfohlen. Sie beginnt: »Vater im Himmel, der Du willst, daß uns nichts fern ist, was Deinem Vaterherzen nahe...« Deshalb wird um Gnade für alle gebeten, die der Hilfe bedürftig seien; sie werden in Gruppen angeführt. Unter denen, deren sich Gott besonders erbarmen solle, werden alle Verfolgten angeführt:

»Alle Juden... alle Kommunisten... alle Anarchisten... alle Revolutionäre... alle Volkafremde und Andersrassige, erbarme Dich ihrer...«

Diese Litanei ist eigentlich nur eine aktuelle Abwandlung christlicher Gebete, die der deutschen Reichsverfassung nach noch immer gesetzlich geschützt sind. Das hindert verschiedene Naziblätter nicht, die Schale ihres Zorns über dieses Gebet zu ergießen. Hier zeige sich, wie verjudet und antinational diese Kirche sei, wie verneinend sie zum Nazi-Staat stehe. Der Saarkampf sei vorüber, die Abrechnung mit der Kirche müsse folgen...

## Der Anpfliff

Der Oberbürgermeister der Stadt Krefeld-Wardingen hat der »Westdeutschen Zeitung«, Krefeld, mitgeteilt:

»Da Sie in verschiedenen Wochenplaudereien Versuche unternommen haben, die sachliche Aufbauarbeit durch eine böswillige Kritik zu stören, werden sie mit sofortiger Wirkung von den Pressebesprechungen der Stadt ausgeschlossen.«

Der Ton in der neudeutschen Zeitungskaserne ist guter alter Preußenschliff! Kusch, Kuli, oder kreplert!

Die Nachrichten vom Sterben reichsdeutscher Zeitungen werden immer häufiger. Es ist eine Epidemie ausgebrochen, die ansteckend wirkt. Ein Sterbender zieht den anderen nach sich. Wenn »Der Deutsche«, das Organ Leya, sein Erscheinen einstellt, so bedroht sein Ende auch das trotz emsiger Gleichschaltung nicht mehr lebensfähige »Berliner Tageblatt« und die Existenz des gesamten Moos-Verlags. Und eines Tages kann Ley selbst hinterdreinrutschen. Darré muß gehen und mit ihm verschwinden die »Deutsche Zeitung« in Berlin und die »Ostpreussische Zeitung« in Königsberg, wo schon die »Königsberger Hartungsche Zeitung« ins Grab gesunken ist. In Köln zählt die »Kölnische Zeitung« ihre Tage, in München die »Süddeutsche Zeitung«, in Breslau die »Schlesische Zeitung«, in Chemnitz die »Chemnitzer Allgemeine Zeitung«. Auch um die »Deutsche Allgemeine Zeitung« schwebt Todesahnung. In München hat die älteste deutsche Zeitung, die 1609 gegründete »München-Augsburger Abendzeitung« mit dem Süwester 1934 ihr Erscheinen eingestellt, nachdem ihre Auflage im Laufe dieses Jahres von 34.000 auf 9000 gesunken war. Wenn es dabei eine Genugtuung gibt, so ist es die, daß der braune Tod auch jene Zeitungen holt, die wie die »Chemnitzer Allgemeine Zeitung«, das nationalsozialistische Gift gegen Geist und Kultur fließig haben verbreiten helfen und die gewalttätige Vernichtung der marxistischen und demokratischen Presse frenetisch bejubelt haben.

Des Sterbens ist kein Ende. Was heute noch scheinbar lebensfrisch nach Drucker-schwärze riecht, kann einen Monat später schon im Zeitungs-Massengrab liegen. Bereits im Oktober 1934 bezifferte H. Traub in der Berliner Zeitschrift »Gebrauchsgeschichte« die reichsdeutschen Blätter, die unter Hitlers Regime ihr Erscheinen einstellen mußten oder durch Zusammenlegung mit anderen Zeitungen verschwunden sind, auf rund 1000 Titel. Und auch die »Deutsche Reichspost« gibt Einblick in diese Verlustliste, wenn sie

in ihrem im November 1934 veröffentlichten Geschäftsbericht für das Rechnungsjahr vom 1. April 1933 bis 31. März 1934 feststellen muß, daß in diesem Jahre die Gesamtzahl der durch die Post beförderten Zeitungen gegenüber dem Vorjahre von 1622 Millionen Stück auf 1476 Millionen Stück gefallen ist, während in der gleichen Zeit — trotz fortwährender Verbote und Konfiskationen — die Zahl der aus dem Auslande eingeführten Zeitungen von 7,7 Millionen auf 8,3 Millionen Stück gestiegen ist.

Ein verheerendes Sterben sucht die Deutsche bürgerliche Presse heim. Aber auch die nationalsozialistische Presse profitiert nichts vom Tode der Konkurrenz. Ihr hat weder die Vernichtung der sozialdemokratischen, der kommunistischen und bürgerlich-demokratischen Presse genützt, noch führt ihr das Absterben der gleichgeschalteten Presse Abonnenten oder auch nur Leser zu. Das geht aus genauen Zahlen aus dem Bereiche des nationalsozialistischen »Freiheitskampfes«, dem von Mutschmann geleiteten Organ der NSDAP für Sachsen hervor. Im Bezirk Ostachsen, der den 23. Reichstagswahlkreis mit den Amtshauptmannschaften Dresden, Pirna, Dippoldiswalde, Freiberg mit Sayda, Meißen, Großenhain, Kamenz, Bautzen, Löbau und Zittau umfaßt und rund 1.380.000 Wahlberechtigte zählt, betrug der Abonnentenstand des »Freiheitskampfes« im September 1934 genau 27.245, im Oktober 25.859, im November 24.290 Exemplare. Allein in der Amtshauptmannschaft Pirna, der an Gebiet größten Amtshauptmannschaft Sachsens, die am Weichbilde Dresdens beginnt, die ganze Sächsische Schweiz und Randgebiete des Erzgebirges und der Lausitz mit den Städten Pirna, Berggießhübel, Glashütte, Gottliebs, Königstein, Schandau, Sebnitz, Hohnstein und Stolpen umfaßt, sank die Abonnentenziffer vom August bis November 1934 von 7600 auf 6593 Exemplare. Also Abstieg auf der ganzen Linie!

Wie wenig es dem braunen »Freiheitskampf« gelungen ist, die Arbeiterschaft als

Leser zu gewinnen, wird anschaulich, wenn man in Betracht zieht, daß allein im Bezirk Ostachsen, wo der »Freiheitskampf« jetzt nur noch rund 24.000 Abonnenten müstern kann, bis März 1933 folgende sozialdemokratische Tageszeitungen erschienen: die »Dresdener Volkszeitung«, in einer Stadt- und Landauflage, die als ihre Kopfbblätter erscheinenden drei Volkszeitungen für Pirna, Freital und Freiberg, die selbständige »Volkszeitung« in Meißen und die täglich in zwei Ausgaben erscheinende »Volkszeitung für die Oberlausitz«. Außer diesen sozialdemokratischen Zeitungen gab es noch die ebenfalls täglich erscheinende kommunistische »Arbeiterstimme«. Der »Freiheitskampf« hat also trotz großen Hoffnungen und noch größeren Anstrengungen, trotz dem Druck, der in den Betrieben angesetzt und teilweise auch brutal ausgeübt wurde und sich bis in die einzelnen Haushaltungen erstreckte, weder von dem sinkenden Abonnentenstand der bürgerlichen Presse profitiert, noch die ihrer Zeitungen beraubte Arbeiterschaft gewonnen. Die Arbeiter verzichten lieber auf jede Zeitung, ehe sie ihre Groschen dem Mutschmann-Blatt geben. Und er hat nicht nur nicht gewonnen, sondern muß zusehen, wie seine Auflage von Monat zu Monat sinkt — auch er hat den tödlichen Bazillus im eigenen Leibe, mit dem das braune Regime alles vergiftete.

Nach neuerlichen verlässlichen Mittellungen ist die Auflage des »Freiheitskampfes« im Dezember weiter auf rund 21.000 gesunken. Dieser ständige Schwund ist wahrscheinlich der Grund, daß man eine Namensänderung erwägt. »Freiheitskampf« — man meint wohl, daß dieser Titel unter den heutigen Verhältnissen manchen Ohren zu proletarisch, zu radikal und revolutionär klingt. Denn um welche Freiheit gilt es heute zu kämpfen, wenn nicht um die soziale und politische Freiheit des von der Diktatur geknechteten Volkes! Und so ist es möglich, daß das Mutschmannblatt eines Tages unter einem anderen Titel erscheint und — weiterschwindet... richtig!

# Die Masken fallen

## Alld deutscher Kongreß in Hannover

Der Allddeutsche Verband wird wieder aktiv. Er hat unter dem Vorsitz des Justizrats Class einen Kongreß in Hannover abgehalten, zu dem zahlreiche Delegierte aus allen Teilen des Reiches erschienen waren. Der Allddeutsche Verband und die geistig in seinen Bahnen wandernden Militärs bildeten vor dem Weltkrieg die ausgesprochene Kriegspartei in Deutschland. Sie predigten den Angriff, den Präventivkrieg, die Weltmission Deutschlands zur Weltbeherrschung, den Rassenkampf. Ihnen verdankt die nationalsozialistische Partei den Kern ihrer Ideologie. Sie begrüßten den Weltkrieg mit dem Satze: »Die Stunde, die wir ersehnt haben, die heilige Stunde hat geschlagen.«

Diese Männer treten wieder hervor. Es sind unter ihnen Nationalsozialisten und alte Deutschnationale. Auf dem Kongreß in Hannover sprach Professor von Freytagh-Loringhoven.

Als Tirpitz sein Flottenbauprogramm durchführte — so führte er aus — mußte Deutschland eine Gefahrenzone durchlaufen. Jetzt müsse es wieder eine ähnliche Gefahrenzone passieren! Der Verlust der alten Beziehungen zu Rußland und Italien habe zu pessimistischen Betrachtungen geführt, während die neuen Freundschaften mit Polen und Südslawien skeptisch angesehen würden. Aber die Furcht der Völker auf der einen Seite und das Kindersterben Deutschlands auf der anderen Seite erfülle sie mit Vertrauen. Die Zeit arbeite für Deutschland. Frankreich habe den Zeitpunkt zum Zuschlagen versäumt. Es habe dazu 1933, noch 1934 eine Chance gehabt, aber heute sei Deutschland nicht mehr für einen militärischen Spaziergang offen. Im Jahre 1813 hätte Deutschland für seine Freiheit gekämpft, 1870 für die Einheit, 1914 für seine Größe. In den letzten beiden Jahren sei dieser Kampf in einer neuen Form wieder aufgenommen worden.

Nach dieser aufschlußreichen Rede sprach Dr. Hennig aus Düsseldorf über die Notwendigkeit von Kolonien für Deutschland. Der Jubelfeier an der Saar würden Jubelfeiern in den früheren deutschen Gebieten in Afrika folgen, wenn sie zum Reiche zurückkehrten. Die Rückforderung der Kolonien würde

auf viel geringeren Widerstand stoßen als man gemeinhin annehme.

Es ist bezeichnend für die allgemeine Lage, daß die Vorkämpfer des deutschen Imperialismus die Stunde bereits gekommen glauben, wo der Schritt von der Politik der Machtsammlung zur Politik der Auswertung und Anwendung der Macht getan werden kann. Jetzt wird die deutsche offizielle Außenpolitik wieder von Verständigung und Frieden reden — aber schon werfen ihre geistigen Väter die Maske ab!

## Kritik — vogelfrei

Die »Frankfurter Zeitung« Nr. 15/16 hat das »Gesetz gegen heimtückische Angriffe auf Staat und Partei« besprochen, das kurz vor Weihnachten erlassen worden ist. Die juristischen Ausführungen der »Frankfurter Zeitung« kennzeichnen die völlige Rechtsunsicherheit und die Unmöglichkeit jeder sachlichen Kritik. Die »Frankfurter Zeitung« schreibt:

»Dieser Grundsatz: die Frage der Verfolgung politischer Delikte an eine Vorprüfung der höchsten Instanzen oder ihrer Beauftragten zu binden, zeigt sich noch deutlicher bei der zweiten Bestimmung. Sie bringt im Vergleich mit der früheren Verordnung vom 21. März 1933 zunächst eine erhebliche Verschärfung. Bedroht sind hier nämlich öffentlich gehässige, hetzerische oder von niedriger Gesinnung zeugende Äußerungen über leitende Persönlichkeiten des Staates oder der NSDAP, über ihre Anordnungen oder die von ihnen geschaffenen Einrichtungen, wenn sie geeignet sind, das Vertrauen des Volkes zur politischen Führung zu untergraben. Man könnte sagen, daß in der Zusammenfassung der Merkmale »gehässig« — »hetzerisch« — »von niedriger Gesinnung zeugend« mit dem Gesichtspunkte der »Vertrauensschädigung« der Versuch unternommen worden sei, sachliche Kritik im einzelnen, die auch weiterhin als erlaubt gilt, von einer Opposition (für die der Einzelfall nur ein Mittel ist) strafrechtlich zu trennen. Darin dürfte auch der Grund zu suchen sein, aus welchem diese Vorschrift noch nicht in der Verordnung des 21. März 1933 enthalten war, denn damals gehörte die oppositionelle Betätigung noch in den Bereich des Legalen. Insofern hat sich also inzwischen eine gesetzgeberische Abrundung des Totalitätsgedankens vollzogen, und zwar sowohl strafrechtlich als auch — wie das aus den zur Kennzeichnung gewählten Begriffen hervorgeht — in der moralischen Bewertung: der »Oppositionelle« ist zum

»Staatsfeind« geworden. Allerdings ist ein solcher Versuch der allgemeingültigen Scheidung zwischen erlaubter Kritik und verbotener Opposition elementar schwierig. Und zwar der Natur der Sache nach, denn die Grenzen sind an sich durchaus flüchtig.

Dementsprechend ist mit voller Absicht die Vorschrift so weit gefaßt worden, daß sie als »möglichster Strafbare« mehr umgreift, als tatsächlich bestraft werden soll.

Man hat den Ausweg gewählt, die richterliche Entscheidung mit dem Ermessen der hohen politischen Stellen zu verbinden: Taten dieser Art können nur auf Anordnung des Reichsjustizministers und — wenn sie sich gegen leitende Persönlichkeiten der NSDAP richten — im Einvernehmen mit dem Stellvertreter des Führers der NSDAP verfolgt werden.

Damit ist auch für das Strafverfahren in diesem Teilabschnitt eine Änderung von grundsätzlicher Bedeutung erfolgt: der Übergang vom »Legalitätsprinzip« zum »Oppositionsprinzip«.

In diesen Sätzen ist die »Rechtalage« eindeutig beschrieben. Jeder Kritiker riskiert, daß seine »erlaubte Kritik« als »verbotene Opposition« gewertet wird. Jeder Kritiker ist rechtlich vogelfrei! Man überlege, was dies für die Wissenschaft in Deutschland bedeutet. Es bietet sich sofort ein Illustrationsfall für die Auswirkung solcher Gesetze dar.

Professor Schmalenbach, Berlin, ein Experte für Betriebswirtschaft, hat in einer Neuauflage seines Werkes »Selbstkostenrechnung und Preispolitik« das ganze Schlusskapitel gestrichen. Er begründet diese Streichung wörtlich folgendermaßen:

»Ich hätte in diesem Kapitel viel Negatives sagen müssen, z. B. über die Beseitigung der Wirtschaftsfreiheit da, wo die Wirtschaft frei sein darf und frei sein sollte. Ob man aber bei negativer Kritik nicht den Punkt überschreitet, wo die erlaubte Kritik aufhört und als unerlaubte Nörgerei gilt, weiß man im Einzelfalle nicht. Unter diesen Umständen versteht man, daß ein ordentlicher Staatsbürger, der die Gesetze zu halten wünscht, die Erörterung von Problemen unterläßt, bei denen die gesetzlichen Grenzen der Kritik nicht deutlich wahrnehmbar sind.«

Damit ist ein furchtbares Urteil über die deutsche Literatur gesprochen. Die Offenheit Schmalenbachs ist noch begrüßenswert gegenüber der Haltung derer, die sich schweigend selbst kastrieren.

Auf politischem Gebiet aber erzeugt diese Praxis eins: die Entschlossenheit der illegalen Opposition, den schändlichen Druck abzuwerfen!

## Zurück zum Rußlandgeschäft

Sicher ist, daß die Außenpolitik des Nationalsozialismus sich gegen einen großen Teil des deutschen Kapitalismus richtet und auch im Widerspruch zu den strategischen Notwendigkeiten des kapitalistischen Deutschland steht.

Vielleicht ist Krupps Demission in sehr hohem Maße auf die Störung des Rußlandgeschäftes zurückzuführen, in das Herr Krupp immerhin sehr vorteilhaft verwickelt war. Interessanterweise wurde ja schon vor Monaten gemeldet, daß die deutsche Generalität auf dem Umweg über die Türkei die alten guten Beziehungen zu Rußland wiederherzustellen bemüht ist. Bei dieser Gelegenheit tauchte auch der Name Krupp auf. Es ist jedenfalls nicht zu verkennen, daß die militärisch bedingten Annäherungsversuche an Rußland gerade in den Kreisen der Exportindustrie lebhaften Widerhall und solide ökonomische Fundierung finden. Die gegenwärtig stark benachteiligte Gruppe des deutschen Kapitalismus und die Wehrmacht haben hier, wie auf anderen Gebieten, für die nächste Zeit weitgehend identische Interessen zu verfolgen.

Wie sehr die heutige Außenpolitik mit der Innenpolitik zusammenhängt, läßt die »Frankfurter Zeitung« durchblicken, wenn sie ausspricht, daß »manche Kreise angesichts der Belebung des Binnengeschäftes wenig Neigung zeigen, noch Geschäfte mit der UdSSR zu machen.« Kein Zweifel, daß sie jene Kreise meint, die unter Benachteiligung anderer Gruppen auf den verschiedensten Wegen Subventionen, Aufträge usw. erhalten. Sofort aber betont sie auch, daß ihre Interessen doch weit eher denen der »Nation« entsprechen und sie schreibt:

»Andererseits aber fühlt wohl die Mehrzahl der an den deutsch-russischen Beziehungen Interessierten, daß der jetzige Zustand... nicht den wahren Interessen der beiden Nationen entspricht. Deutschland braucht den russischen Markt für seine Industrieerzeugnisse. Deutschland ist aber auch für die UdSSR ein wichtiges Absatzgebiet ihrer Bodenschätze, zur Zeit bekanntlich das größte Abnehmerland.«

Sehr scharf wird dann nach diesen Ausführungen zum Ausdruck gebracht, daß dieser Zustand auf »die Dauer untragbar ist«, um dann einige Zeilen weiter fortzufahren:

»Es bedeutet eine Verkenning des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Reichsregierung, wenn man im Hinblick auf ausreichende Beschäftigung durch Inlandaufträge glaubt, auf das weniger einfache Rußlandgeschäft verzichten zu können. Das Rußlandgeschäft leidet zur Zeit ganz besonders unter der Preisfrage!! (!)

In diesen Ausführungen sind verschiedene Angriffe enthalten. Schließlich wird festgestellt, daß sich das russisch-amerikanische und das russisch-französische Geschäft sehr belebt und daß englische Industrielle und Abgeordnete eine Anleihe an die UdSSR befürwortet haben, ohne dabei auf Widerstand zu stoßen. Derartige Bestrebungen sollten nach Meinung der F. Z. aufmerksam verfolgt werden, damit Deutschland als Bahnbrecher des Rußlandgeschäftes nicht ins Hintertreffen gerate, denn es sei eine Erfahrungstatsache, daß einmal verlorene Märkte schwer wieder zurückzuerobert sind, wenn der Abnehmer zufrieden ist. Sehr deutlich wird die F. Z. abschließend:

»Sentiments in der Wirtschaftspolitik sollten beiderseits hinten an gestellt werden. Man sollte weniger daran denken, was uns trennt, und mehr tun, was zu beiderseitigem Nutzen ist.«

Warum dies bald geschehen müßte, haben wir gehört. Kann der Nationalsozialismus diese Schwenkung vornehmen? Ist es nur Zufall oder gar Wesensausdruck der nationalsozialistischen Ideologie, daß der Haupttheoretiker nationalsozialistischer Weltanschauung zugleich der Mann ist, der nach Hitlers eigenen Worten, »dem Nationalsozialismus die Außenpolitik« gab? Rosenberg glaubt jedenfalls von sich, daß er nicht in einen Kulturpolitiker und in einen Außenpolitiker zerlegt werden kann, sondern beides untrennbar miteinander verbunden ist, weil es zwei Seiten einer Münze sind. Die Wendung kann sich bestimmt nur gegen ihn vollziehen. Inwieweit er jedoch als Wesensausdruck der von ihm repräsentierten Masse gelten kann, bleibt dabei vorläufig noch offen; es ist ja bekanntlich keine Bewegung uneinheitlicher und in sich widerspruchsvoller als der Nationalsozialismus.

## Immer feudal

In Berlin hat ein hochfeudales Diner Aufsehen erregt, das Herr v. Ribbentrop für das »Braunschweiger Herzogspaar«, Tochter und Schwiegersohn Wilhelms II., und Lord Rothermere veranstaltete. Herr Himmler, Chef der Gestapo und SS, war gleichfalls geladen.

# Hitler - - einmal ehrlich . . .

## Sensationelle Äußerungen des Führers über sich, seine Politik und seine Absichten

...und auf die aktuelle Frage des deutsch-französischen Verhältnisses übergehend, legte Hitler seine Ansichten mit ungewöhnlichem Freimut dar, so daß an der Aufrichtigkeit seiner Äußerungen nicht gezweifelt werden kann.

Frage: Wie stellen Sie sich überhaupt Deutschlands Stellung in Europa vor?

Hitler: »Die Antwort darauf habe ich schon am 12. September 1923 im Münchener Zirkus gegeben, indem ich damals sagte: „Das deutsche Volk darf nicht zu einem Pazifistenvolk werden, sondern zu einem Heldenvolk, es darf seine Macht nicht erwinzeln, sondern es muß sie erkämpfen!“«

Frage: Steht das nicht im Widerspruch zu Ihren jetzigen pazifistischen Reden und Ihren ständigen Friedensbeteuerungen gegenüber Frankreich?

Hitler: »Es wäre echte deutsche Staatsmannskunst — so habe ich am 24. Oktober 1934 in Augsburg erklärt — »das übrige Europa vor vollendete deutsche Tatsachen zu stellen, wie sie wahrhaftig im deutschen Interesse liegen — und nicht erst die Erlaubnis der anderen Völker einzuholen. Meinethwegen Friedensgerede — aber nur solange es im deutschen Interesse liegt. Das ist die Lehre der deutschen Geschichte!«

Frage: Ja, glauben Sie, daß man im übrigen Europa das nicht weiß und deshalb Mißtrauen in Ihre Versicherungen setzt?

Hitler: »Ich darf Sie wohl darauf verweisen, was ich am 23. März 1924 vor dem Volksgericht in München gesagt habe: „Unser ‚Verbrechen‘ ist, die Saat zu säen für die Stunde. Erhaltung des Weltfriedens kann nicht Ziel und Zweck einer Staatspolitik sein. Die Mehrung und Erhaltung eines Volkes kann nur das Ziel sein. Die Welt läßt sich nicht erobern, ohne daß das nicht anderen gefährlich erscheinen würde.“«

Frage: Wäre es nicht für Ihr Land vorteilhafter, in die Friedenskoalition einbezogen zu werden?

Hitler: »Keine Macht wird uns die Hand reichen, wenn sie nicht die Überzeugung hegt, daß die Hand, die ihr entgegen-gestreckt wird, die Faust von 70 Millionen darstellt, die von dem eisernen Willen besetzt ist, mit allen Mitteln wieder den Kampf für die Freiheit und die Nation aufzunehmen! Das ist die Voraussetzung, die wir erkannt haben — und das habe ich wortwörtlich ebenfalls an jenem Tage vor den Münchenern Volksrichtern gesagt.«

Frage: Sie sagten eben: »Mit allen Mitteln...« Wie denken Sie sich das?

Hitler: »Als man mich am 29. September 1930 vor dem Reichsgericht als Zeuge vernahm, sagte ich unter meinem Eid: „Wir anerkennen nicht die Verträge, die mit der Entente abgeschlossen sind, und wenn wir erst die Macht haben, so werden wir die Verträge und Gesetze, die auf ihnen beruhen, durchbrechen oder umgehen. Gegen diese Verträge werden wir auch mit illegalen Mitteln vorgehen.“«

Frage: Mit einfachen illegalen Mitteln würden Sie nicht sehr weit kommen. — haben Sie außerdem besondere Maßnahmen im Auge?

Hitler: »O ja! „Wir haben wieder Haß gesagt“ — so sprach ich am 23. März 1923 vor dem Münchener Volksgericht „wir haben dem neuen Deutschland die Grundlagen seiner Befreiungsarmee geschaffen. Der Nationalsozialismus hat dem deutschen Volke die Waffen geschmiedet, daß es im kommenden Kampf nicht wehrlos dastehen wird. Wir werden den Kampf aufnehmen, der Sieg muß unser sein! Was sich heute anbahnt, wird größer sein als der Weltkrieg! Es gibt nur zwei Möglichkeiten: Wir werden Opferlamm oder Sieger!« In meinem Buch „Mein Kampf“ können Sie auf Seite 689 folgendes lesen: „Unterdrückte Länder werden nicht durch fiammende Proteste in den Schoß eines gemeinsamen Reiches zurückgeführt, sondern durch ein schlagkräftiges Schwert. Dieses Schwert zu schmieden, ist Aufgabe der innerpolitischen Leitung eines Volkes; die Schmiedearbeit zu sichern und Waffengenossen zu suchen, die Aufgabe der außenpolitischen.“«

Frage: Sie sind also, trotz Ihrer Friedensreden, kein Pazifist?

Hitler: »Darauf möchte ich Ihnen mit einem meiner früheren Aussprüche antworten, zu finden auf Seite 157 meiner gesammelten Reden: „Es ist eine Gesin-

nungs- und Charakterlosigkeit, Pazifist zu sein!“ Ich gehe aber in meinem Buche (Seite 315) noch weiter und sage: „Wer den Sieg des pazifistischen Gedankens in der Welt wirklich von Herzen wünschen wollte, müßte sich mit allen Mitteln für die Eroberung der Welt durch die Deutschen einsetzen. Tatsächlich ist die pazifistisch-humane Idee vielleicht ganz gut dann, wenn der höchstehende Mensch sich vorher die Welt in einem Umfange erobert und unterworfen hat, der ihn zum alleinigen Herrn dieser Erde macht.“«

Frage: Hängen Sie etwa einem Humanitätsideal an?

Hitler: »Ein Friede, gestützt nicht durch die Palmwedel tränenreicher pazifistischer Klageweiber, sondern begründet durch das siegreiche Schwert eines die Welt in den Dienst einer höheren Kultur nehmenden Herrenvolkes — das ist mein Ideal, so habe ich es auf Seite 438 meines Buches beschrieben.«

Frage: Sie betonen doch gerade gegenüber Frankreich, daß nicht durch das Schwert etwas zu gewinnen sei, sondern nur durch die Verständigung beider Nationen?

Hitler: »Ja, — „Wer den Gegner schlagen will, muß ihn überlisten“. Erinnern Sie sich nicht, daß ich das schon im Mai 1926 im „Völkischen Beobachter“ geschrieben habe? Ich kann mich sogar darauf berufen, noch früher — in meiner Verteidigungsrede vor dem Münchener Volksgericht im März 1923 — die tiefgründige Erkenntnis ausgesprochen zu haben: „Frankreich ist der ausgesprochene Feind Deutschlands!“«

Frage: Und doch wollen Sie sich mit diesem Frankreich nun verständigen?

Hitler: »Ja, wissen Sie denn nicht, daß ich in meinem Buch auf Seite 710 geschrieben habe: „Heute werde ich nur von der nüchternen Erkenntnis geleitet, daß man verlorene Gebiete nicht durch die Zungenfertigkeit geschliffener parlamentarischer Mäuler zurückgewinnt, sondern durch ein geschliffenes Schwert zu erobern hat, also durch einen blutigen Kampf!“«

Frage: Sie hoffen also, Frankreich später, bei passender Gelegenheit, überrumpeln zu können?

Hitler: »Wenn Sie mein Buch genau gelesen hätten, würde Ihnen folgende Stelle auf Seite 704 geläufig sein: „Frankreich ist und bleibt der furchtbare Feind. Dieses an sich immer mehr der Verneinerung anheimfallende Volk bedeutet in seiner Bindung an die Ziele der jüdischen Weltbeherrschung eine lauernde Gefahr für den Bestand der weißen Rasse Europas!“«

Frage: Mir ist bloß unklar, wie Sie das be-werkstelligen wollen?

Hitler: »Lesen Sie nur auf Seite 705 in meinem Buch nach: „Für Deutschland jedoch bedeutet die französische Gefahr, die Verpflichtung, unter Zurückstellung aller Gefühlsmomente dem die Hand zu reichen, der, ebenso bedroht wie wir, Frankreichs Herrschgelüste nicht erdulden und ertragen will! In Europa wird es für Deutschland in absehbarer Zukunft nur zwei Verbündete geben können: England und Italien!“«

Frage: Und Ihre sonstige außenpolitische Konzeption?

Hitler: »Bitte, seien Sie doch so freundlich, darüber Erschöpfendes in meinem Buch nachzulesen. Sie werden auf Seite 742 die Kernsätze finden: „Deutschland wird entweder Weltmacht oder überhaupt nicht sein. Wir weisen den Blick nach dem Land im Osten!“«

Frage: Wie? Sie sind doch mit Polen verbündet?

Hitler: »Nicht West- und nicht Ostorientierung darf das künftige Ziel unserer Außenpolitik sein, sondern Ostpolitik im Sinne der Erwerbung der notwendigen Scholle für unser deutsches Volk. Kein Gang darf uns zu schwer sein und kein Verzicht als unaussprechbar erscheinen, wenn das Endergebnis nur die Möglichkeit einer Niederwerfung unseres grimmigsten Hassers — Frankreich — bietet, so habe ich es unmißverständlich auf Seite 757 gesagt.«

Frage: Gilt diese Ihre Ansicht immer noch?

Hitler: »Jawohl, denn ich habe sie — auf Seite 754 — als das „politische Testament der deutschen Nation“ bezeichnet. Und zwar sagte ich: „Duldet niemals das Entstehen zweier Kontinentalmächte in Europa. Seht in jeglichem Versuch, an den deutschen Grenzen eine zweite Militärmacht zu organisieren, und sei es auch

nur in Form der Bildung eines zur Militärmacht fähigen Staates, einen Angriff gegen Deutschland und erblickt darin nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, mit allen Mitteln bis zur Anwendung von Waffengewalt die Entstehung eines solchen Staates zu verhindern, beziehungsweise einen solchen, wenn er schon entstanden, wieder zu zer schlagen.“«

Frage: Man darf also zusammenfassend sagen . . . ?

Hitler: »Daß es selbst einem Bismarck nicht gelungen ist, mit Frankreich zusammenzuarbeiten, mit einem Raubmörder schläft man nun einmal nicht unter einem Dache!« „Ist diese Formulierung nicht großartig? Ich habe sie einmal in einem Leitartikel der Nummer 55 des „Angriff“ im Jahre 1930 so treffend gebraucht.“«

Frage: Was? Noch im Jahre 1930?

Hitler: »Natürlich, ich könnte Ihnen noch mit viel besseren Zitaten aus späterer Zeit dienen, so mit einem aus Nummer 186 des „Angriff“ vom Jahre 1931. Dort schrieb ich: „Gegenüber Frankreich kann Deutschland niemals eine Politik der Freundschaft treiben... wir wollen von diesem schurkischen Nachbarn Frankreich gar nicht gelobt werden. Der Franzose ist in Wirklichkeit der Mephisto der Menschheit, dessen unübertreffliche Sophistik Lesung in der Gaumengestalt des französischen Offiziers Riccaut gewissermaßen symbolisch für die Fälschungskünste der „grande nation“ meisterhaft gezeichnet hat.“«

Frage: Ich danke, Sie haben Ihr Buch doch schon 1924 unter dem frischen Eindruck der französischen Ruhrbesetzung geschrieben . . . ?

Hitler: »Falsch, lieber Herr, Sie können es ja aus dem Schlußwort erschen, wo ich eindeutig geschrieben habe: „Heute, im November 1926...“, also über drei Jahre nach dem Abzug der Franzosen aus der Ruhr und auch schon lange nach Locarno.“«

Frage: Ich darf mich wohl noch mit einer Frage verabschieden: Was soll ich der Welt und insbesondere den Franzosen sagen?

Hitler: »Sagen Sie der Welt, daß Sie sich festgesetzt davon überzeugt haben, daß „das neue Deutschland nicht die mindesten Angriffsabsichten hat und keinen sehnlicheren Wunsch kennt, als insbesondere mit Frankreich endlich zu einem Gottesfrieden zu gelangen, um dem unseligen Zwist zwischen den beiden Nachbarnationen ein Ende zu bereiten!“ — nicht wahr, davon sind Sie ja jetzt auch überzeugt — denn ich habe es wirklich vor kurzem erst gesagt!«

## Hinter-Köpfe

Der deutsche Rassenwahnwitz läßt selbst die eignen, sozusagen artisch versippten Volksgenossen nicht in Frieden leben. Wenn einer den andern kränken will, so wirft er ihm ostische Ueberlagerung oder gemixten Blutstrom vor, und die Großmütter lasten wie ein Albdruk über ganzen Generationen.

Jetzt wagt einer, die Stimme zu erheben, von dem man es nicht erwartet hätte. Ein Don Quichote übrigens, kein Siegfried, der einstige Gründer der antisemitischen Internationale, Graf Reventlow. In seinem »Reichswart« warnt er vor den »Auswüchsen des Rassenfanatismus« und schreibt:

»Ein politisch gleichgesinnter Mann beobachtete mich und sagte: er bedauere tief, daß man in nationaler Hinsicht von mir nichts zu erwarten habe: von vorne sähe ich ja leidlich nordisch aus, aber mein Hinterkopf müßte jedem rassistisch geschulten Beobachter alle Illusionen rauben... Ich habe, wenn schon tief niedergebeugt, mit Erfolg versucht, meinen unzureichenden Hinterkopf weiter zu ertragen. Allgemein muß jedoch festgestellt werden, daß sich auf diesen Gebieten überhaupt vielfach eine Ueberspanntheit, um nicht zu sagen: Monomanie entwickelt... Die Tatsache sollte allen gelügen: Höchste und nächste Mitarbeiter des Reichskanzlers und Führers sind weder blond noch blauäugig. Ueber ihre Hinterköpfe wagen wir kein Urteil, da uns diese nicht gegenwärtig sind.«

Göbbels wird dem hinterköpfigen Grübler antworten: »Wer blond ist, das bestimm ich! Und das ist die Wahrheit. Hitler selbst kann es bestätigen.«

Haß gegen Denkmäler. Auf dem Zentralfriedhof in Friedrichsfelde bei Berlin wird jetzt das Denkmal für Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg abgerissen. Das Monument bildet nur noch einen einzigen Schutthaufen.

# Das Geheimnis des Dr. Schacht

## Nach kein Kriminalroman

In der Rede, die Schacht vor kurzem vor geladenen Gästen im Reichswirtschaftsministerium gehalten hat und über die der »Neue Vorwärts« zu berichten in der Lage war, sprach er unter anderem auch über das brennende Problem, wie denn die »Ankurbelung« der Wirtschaft bei der prekären Finanzlage aller öffentlichen Körperschaften und der Kapitalarmut fortgesetzt werden solle. Oder — richtiger gesagt — er sprach nicht darüber:

»Wie Deutschland seine anderen Industriezweige finanzieren werde, sei sein Geheimnis, das er nicht bekanntgeben werde. Es würden eben alle deutschen Finanzquellen aufs äußerste ausgeschöpft werden.«

Die Eingeladenen mögen sich da wohl gegenseitig angesehen haben, die Unwissenden mit gläubigem Staunen, die Wissenden mit lächelndem Verstehen. Denn tatsächlich ist ja Schacht im äußersten Ausschöpfen aller Finanzquellen mitten drin. Das ist nicht das Geheimnis. Geheimnis ist nur, wie lange und in welchem Tempo das Ausschöpfen voran gehen kann, bis das F&B leer ist, so leer wie die Goldkeller der Reichsbank...

Worin hat bis jetzt die Finanzierung nicht nur der Industrie, sondern auch vor allem der öffentlichen Wirtschaft bestanden?

In jeder Krise wird in großem Umfang Kapital freigesetzt. Parallel mit der Stilllegung oder Vernichtung des Sachkapitals geht der Prozeß der Freisetzung von Geldkapital. Die auszuzahlenden Lohnsummen vermindern sich infolge Verminderung der beschäftigten Arbeiter und des Sinkens der Löhne. Geringere Kapitalsummen sind auszuliegen infolge der Verkleinerung der Lager, der geringeren Ausgaben für Roh- und Hilfsstoffe, deren Preise zugleich gesunken sind. Neue Investitionen werden unterlassen, die Abschreibungen, die den Verschleiß an Gebäuden, Maschinen usw. repräsentieren, zum großen Teil nicht zum Ersatz verwendet, sondern in Geldform festgehalten. Es ist diese Masse freigesetzten und jetzt brachliegenden Geldkapitals, das auf Anlage wartet, die den sogenannten kurzfristigen Geldmarkt darstellt. Dieser erscheint in der Zeit unmittelbar nach Ueberwindung der akuten Krise flüssig, die Zinssätze sind niedrig und zeitweise ist das Geld kaum unterzubringen. Die Wirtschaft verfügt über eine ungeheure und scheinbar unerschöpfliche Reserve von Geld. Denn die Verwandlung von Geldkapital in Sachkapital stockt, neue Investitionen werden nicht gemacht, da ja die bisherige Produktion zur Ueberproduktion geworden ist.

Diesen Zustand hat sich nun Schacht zunutze gemacht. Er hat dabei übrigens nur nachgemacht, was ihm der italienische Faschismus vorgemacht hat. Er hat die flüssigen Geldmittel in steigendem Maße abgeschöpft und sie in die Hand des Staates überführt, der dann mit ihnen seine »Arbeitsbeschaffung« finanziert hat. Diese Arbeiten sind aber eigener Art. Es sind nicht produktive Arbeiten, die das Sozialprodukt, die gesamte Erzeugung, über die die Gesellschaft verfügt, vergrößern, das ausgelegte Kapital wieder ersetzen und es um ein Mehrprodukt vermehren, sondern es sind zum großen Teil reine Konsumausgaben. Denn ökonomisch sind Munition, Waffen, Flugzeuge usw. ebenso Konsumartikel wie Brot, Uniformen usw., die die Soldaten verbrauchen.

Das dafür aufgewandte Geldkapital ist nicht in produktives Kapital umgewandelt, sondern endgültig verbraucht.

Und was für die Rüstungsausgaben gilt, gilt für den Bau der ja auch hauptsächlich militärischen Zwecken dienenden Autobahnen und für den größten Teil der übrigen Arbeiten. Wenn die Eisenbahn gezwungen wird, über ihren wirklichen Bedarf hinaus zu »Zwecken der Arbeitsbeschaffung« überflüssige Lokomotiven und Waggons zu bestellen, um für eine Mobilisierung gerüstet zu sein, wenn neue Kanäle gebaut werden, ohne Rücksicht auf die Rentabilität, dann ist das alles Verzehr von Kapital und nicht produktive Anlage.

Da die Kapitalisten das wissen, stellen sie ihr Kapital für solche Anlagen nicht zur Verfügung. Sie wollen ihr Kapital in flüssiger Form erhalten, um es nach Ueberwindung der Krise wirklich produk-

tiv — rentabel — anlegen zu können. Auch dem Staate selbst wird von ihnen nur in beschränktem Umfang Geld in Form von Staatsanleihen zur Verfügung gestellt und dem Deutschen Reich, das mit Recht den Kredit verloren hat, schon gar nicht. Und doch wäre die Finanzierung solcher unproduktiven Arbeiten, wenn überhaupt, so nur durch Anleihen vertretbar, die das Kapital dauernd, ohne Rückzahlungsanspruch in die Hand des Staates brächte. Denn der Staat wäre dann wenigstens gegen die Rückforderung des Kapitals gesichert.

Da der Hitler-Diktatur dieser Weg aber verlegt war — alles Vertrauen hat bisher noch nicht zur Aufnahme einer normalen Anleihe ausgereicht — so schlug sie einen anderen Weg ein. Sie finanzierte den Bedarf mit sogenannten Wechseln, das heißt mit Schuldscheinen, die die Garantie des Reiches tragen. Da das aber nicht genügt hätte, so übernahm die Reichsbank die Verpflichtung, diese Wechsel jederzeit zu diskontieren, das heißt, sie in ihren Noten einzulösen. Den Kapitalisten war jetzt geholfen. Sie konnten ihre Gelder in diesen Wechseln anlegen und ihre Kapitalien doch flüssig erhalten. Denn sie erhielten ja jederzeit von der Reichsbank auf Verlangen das geliehene Kapital zurück. Es war eine risikolose Anlage, die für die Massen des sonst brachliegenden Kapitals eine sonst nicht zu erzielende Verzinsung brachte. Ergaben sich Gelegenheiten zur produktiven Verwendung, so kann das in den Wechseln angelegte Kapital jederzeit durch Einreichung der Wechsel bei der Reichsbank zurückgezogen werden.

Was bedeutet das? Derselbe Schacht, der den Banken zur Zeit der Bankenkrise mit eitonischer Strenge und mit Recht vorgeworfen hatte, daß sie mit kurzfristig geliehenen und daher jederzeit zurückforderbaren Geldern langfristige Kapitalinvestitionen finanziert und damit die Grundregel jeder richtigen Bankpolitik sträflich verletzt hätten, finanziert jetzt selbst mit kurzfristigen Geldern langfristige Ausgaben.

Aber während die Banken wenigstens die Mittel für produktive Zwecke, für die Wiederherstellung der Schifffahrt, für den Wiederaufbau und die Modernisierung der Industrie verwendet haben, wobei infolge der kapitalistischen Anarchie auch bedeutende Fehlinvestitionen vorkamen, finanziert Schacht die Aufrüstung, die Automobilstraßen, kurz, er verpulvert die Gelder für die außerwirtschaftlichen Machtzwecke der Diktatur!

Das kann so lange gut gehen, wie es schlecht geht, solange nämlich die tiefe Depression andauert. So lange die Wirtschaft für ihre Geldanlagen keine produktive Verwendung findet, so lange werden die Wechsel oder auch die Schatzanweisungen des Reiches auf dem Geldmarkt untergebracht. So bald aber wieder Anlagebedarf entsteht, werden alle diese Gelder, die jetzt der Staatsfinanzierung und der »Arbeitsbeschaffung« dienen, zurückgefordert. Der Gegenwert ist aber endgültig verbraucht und nicht reproduziert. Und nur die Notenpresse ist da, um »Geld« zu drucken.

Das ganze »Geheimnis« der Schachtschen Finanzierung besteht also in der fortschreitenden Illiquidisierung der deutschen Wirtschaft, in dem Verbrauch von Reserven, die jederzeit einsatzbereit vorhanden sein müssen, sobald echter volkswirtschaftlicher Bedarf entsteht und befriedigt werden soll.

Und dieses »Geheimnis« ist gar keins, sondern spiegelt sich mit aller Deutlichkeit in dem Status der Reichsbank.

Die Reichsbank hat den völlig unzureichenden Goldbestand von 80 Millionen, während sie einen solchen von zirka 2 Milliarden haben müßte, um den Bedürfnissen der deutschen Volkswirtschaft genügen zu können. Und dieser Zustand wird auch nur eine wenig bedeutsame Aenderung erfahren, wenn Schacht, was er schon eingeleitet hat, sich nächstens des Goldbestandes von zirka 170 Millionen der Privatnotenbanken bemächtigt.

Nicht minder bedeutsam als die Erschöpfung des Goldbestandes ist die Zusammensetzung der Aktiven. Nach ihrem letzten Ausweis vom 7. Januar beträgt der Wechsel- und Scheck-

bestand der Reichsbank 3.639 Millionen RM (gegen nur 2.967 im Vorjahr). Aber von diesen Wechseln sind etwa 2 Milliarden langfristige Arbeitswechsel, d. h. Schuldscheine, von denen man nicht weiß, wann, ja nicht einmal ob sie je ganz oder teilweise eingelöst werden können. Zu Beginn des Jahres 1931 waren es erst 500 Millionen! Sie sind an Stelle der echten Handelswechsel getreten, deren Einlösbarkeit innerhalb dreier Monate gesichert war. Denn andere Wechsel hat die Reichsbank früher ebensowenig wie eine andere ausländische geleitete Notenbank genommen, sie hat nur gegen echte Handelswechsel ihre Noten ausgegeben. Dazu kommen aber noch Russenwechsel, reine Finanzwechsel und langfristige Landwirtschaftswechsel im Betrage (der natürlich nicht genau angegeben wird — Schacht hat auch wirkliche Geheimnisse!) von mehreren hundert Millionen. Die echten Handelswechsel sind aus dem Portefeuille der Reichsbank aber fast völlig verschwunden! Dazu kommt dann noch als »Dekung« der seit 1924 im verruchten System allein durch Gold und echte Handelswechsel gedeckten Noten, ein Posten von fast einer halben Milliarde von Staatsanleihen, die natürlich im Ernstfall nicht oder nur mit großen Verlusten verkäuflich wären.

Es ist überaus charakteristisch, daß trotz der großen Geldflüssigkeit jetzt schon ein so großer Betrag von Arbeitsbeschaffungswechseln bei der Reichsbank gelandet ist. Es ist ein Beweis dafür, welches Mißtrauen die Geldinstitute und privaten Kapitalisten diesen Papieren entgegenbringen. Die Gesamtsumme des Umlaufs ist nicht genau bekannt. Dies ist wiederum Schachts Geheimnis.

So ist die Reichsbank festgefahren, immobilisiert und jede wirtschaftliche Erschütterung kann das Umschlagen des latenten in die offene Inflation bewirken.

Das fürchtet Schacht und deshalb sucht er nach Auswegen. Ist es nicht doch möglich, wenigstens einen Teil der gefährlichen kurzfristigen Gelder in langfristige zu verwandeln, ohne zu dem verweifelten Mittel einer Zwangsanleihe zu greifen mit ihrer panikartigen Wirkung und unabsehbaren Folgen? Und der gerissene Bank-

techniker sucht nach immer neuen Wegen, um den »Markt anleihereif« zu machen. Dazu soll das Anleihestockgesetz dienen, das den Höchstbetrag der Dividenden auf 6 Prozent begrenzt und den überschüssigen Reingewinn zur Anlage in Reichsanleihen bestimmt. Dabei handelt es sich viel weniger um die vielleicht 50 Millionen, um die so die Nachfrage nach Anleihen gesteigert wird, als um den Versuch, die Anlage in Aktien weniger anziehend zu machen und namentlich das kleine und mittlere Kapitalistenpublikum zu veranlassen, ihre Gelder lieber in Anleihen als in Aktien anzulegen.

Aber der kleine Kniff genügt nicht und deshalb setzt Schacht seinen Zwang als Wirtschaftsdiktator noch anders ein. Im neuen Bankgesetz hat er sich das Werkzeug geschaffen. Er kann jetzt nicht nur die reichseligen, sondern alle privaten und öffentlichen Banken, aber auch die Sparkassen und Girozentralen zwingen, ihre, das heißt des Publikums Gelder nach seinen Vorschriften anzulegen. Er zwingt sie in steigendem Maße Schatzanweisungen, Arbeitsbeschaffungswechsel und langfristige Anleihen zu kaufen. So soll der Kurs der Anleihen erhöht, eine neue Reichsanleihe ermöglicht werden. Das Wagnis kann unternommen werden, denn wenn das Publikum trotzdem streikt, dann müssen eben die Banken und Sparkassen die Titel übernehmen...

Aber der Hund beißt sich in den Schwanz. In dem die flüssigen Mittel der Banken und Sparkassen in Staatstitel — mögen sie nun nominell langfristig oder kurzfristig sein — angelegt werden, werden sie festgelegt, immobilisiert und das Mittel, das die Illiquidität verringern soll, steigert sie aufs neue.

Schacht mag die ausländischen Gläubiger eine zeitlang betrügen, er mag das Inland über seine Bankerottpolitik noch eine Weile täuschen, die ökonomischen Gesetze wird die Diktatur von Hitlers Gnade nicht außer Kraft setzen und alle Banktechnik wird das Ende nur hinausschieben, aber es nicht vermeiden können. Und je mehr die Hinausschiebung gelingt, desto mehr wird es ein Ende mit Schrecken sein.

Dr. Richard Kern.

## Hochverräterischer Beifall

Die deutsche Unzufriedenheit züngelt an allen Ecken und Enden auf — in Hausfluren, in Kirchen, Vortragssälen und überall sonst, wo Menschen zusammenkommen. Selbst Stapel, der sich im Kampf gegen die Bekenntniskirche einen Namen gemacht hat und der gern auf die Hundertprozentigkeit der Gleichschaltung pocht, muß in seiner Zeitschrift »Deutsches Volkstum« ein kleinlautes Bekenntnis ablegen: »Unangebrachter Beifall« heißt sein Aufsatz, in dem er schreibt:

»Hält da z. B. ein Germanist in irgendeinem Städtchen einen gründlichen und gedankenreichen Vortrag über Stilbildung und kommt gelegentlich einmal mit ein, zwei Sätzen auf Zucht und Haltung einer Schulklasse zu sprechen. Er sagt etwa: »Die gedankliche Zucht und sittliche Ordnung ist dadurch noch nicht gewährleistet, daß die Buben stramm stehen und zackig mit den Haken klappen.« — Nach dieser sachlichen Bemerkung geht in irgendeiner Ecke ein Bravogeschrei und Händeklatschen los... Oder: ein Biologe spricht über die Wachstumsformen. Dabei äußert er einmal beiläufig, eine übertriebene Organisation sei im Gegensatz zu den gewachsenen Organismen lebensfeindlich. Wiederum fühlen sich hier einige Zurückgesetzte bemüßigt, ihren Beifall laut und vernehmlich ertönen zu lassen... Oder: es läßt in einer Versammlung von Akademikern ein Professor einmal die Bemerkung fallen, die echte Wissenschaft fordere nach wie vor die Köpfe der Studenten, und Verdienste auf anderen Gebieten könnten einen Mangel an geistiger Leistung nicht entschuldigen. Auch diesem Gelehrten wird der spontane Beifall eines winzigen Grüppchens zuteil.«

Und Millionen »winzige Grüppchen« ergeben ein beachtliches Ganzes, zumal viele, die keinen lauten »unangebrachten Beifall« wagen, sich über die Mutigeren freuen. Nächstens wird ein Feldzug gegen die Beifallklatscher nötig sein. Aber nicht gegen die Klatscher in den nationalsozialistischen Versammlungen. Die werden ohnehin immer seltener.

## „Kerls, schwitzt!“

In der »Hildesheimer Allgemeinen Zeitung« gibt ein nationalsozialistischer Junglehrer

seine Gedanken über den hohen Erzieberberuf kund:

»Gewiß, man lernte im Seminar besser »unterrichten«, wobei das Wort aber in einem Sinne gebraucht wird, der eine etwas faden Beigeschmack hat. Es war auch mehr Zeit dazu da. Der Lehrerdient lernt ganz etwas anderes. Er lernt im Gemeinschaftsleben der Kameradschaftshäuser, in der SA, in Geländesport- und Gemeinschaftslagern erst einmal Mensch, d. h. zunächst: Kamerad zu sein. Wir haben manchmal die Zähne zusammenbeißen müssen, wenn wir im Geländesportlager mit 30 Pfund Gepäck einen Berg hinaufkrochen. Da sagte unser Zugführer, der kein Pädagoge war, einmal: »Kerls, schwitzt!« So werden wir Lehrer.«

Und wenn »wir« nun in wissenschaftlichen Fächern versagen, dann begreifen wir nicht, wer schuld ist. Vielleicht die Juden.

## Amtliches Gemecker

Vor einem Jahre wurde im Anschluß an die Reichsmusikkammer auch der »Berufsstand der deutschen Komponisten« gegründet. Dieser Berufsstand hielt seine erste Jahresversammlung im Landwehr-Kasino zu Berlin ab. Die »Musik«, das amtliche Organ der NS-Kulturgemeinde, berichtet darüber unter anderem:

»Es wurde mitgeteilt, daß Gerd Kärnbach aus seiner bisherigen Stellung ausgeschieden ist, um einen andern kaufmännischen Posten zu bekleiden, wobei etwaige Gerüchte dementiert wurden. Nicht ganz gelang dieses im Falle des Dr. Julius Kopach, dessen fristlose Entlassung mit »nicht mehr ausreichenden Erfolgen« nur unvollkommen begründet wurde.«

Bei den Komponisten scheint es ja gut zuzugehen. Wenn das Gemecker schon bis in die »amtlichen Organe der NS-Kulturgemeinde« gedrungen ist, wird's übrigens Zeit, daß Göbbels sich selbst verhaften läßt.

## Es deutschelt...

»Wahre Kunst ist schlechthin deutsch. Kunst bei den andern ist also bestenfalls ein deutscheln...«

Aus einer braunen Zeitschrift.

# Reiseeindrücke in Amerika

Von Julius Deutsch

Genosse Julius Deutsch ist soeben von seiner Propagandareise durch die Vereinigten Staaten zurückgekehrt. Er schreibt uns:

Der erste Eindruck des Besuchers ist: Amerika ist das Land der Kontraste. Ein Gang durch die Straßen einer der großen amerikanischen Städte drängt immer wieder den Vergleich zwischen arm und reich auf. Man kommt an den Villen der Reichen vorbei und hört von dem kundigen Führer, wie viel Millionenbesitz dieses oder jenes Haus beherbergt. Einige Minuten später kann man in den Vierteln der Armen sein, in Slums, die den Elendsvierteln einer osteuropäischen Stadt in nichts nachstehen.

Diese Elendsviertel sind meistens national gegliedert. Man kann ein Viertel der Juden besuchen, der Italiener, der Polen, Ungarn, aber auch solche von Chinesen und Negern.

## Die Rassenfrage

Das Problem der farbigen Völker spielt in Nordamerika eine geringere Rolle. Hier haben auch die Neger die vollen staatsbürgerlichen und gesellschaftlichen Rechte. Natürlich werden auch in Nordamerika Unterschiede gemacht, aber sie treten nicht so scharf hervor wie im Süden. Wer im Süden der Vereinigten Staaten reist, im Süden der Neger und Weißen. Theoretisch hat der Neger auch im Süden die gleichen Staatsbürgerrechte wie der Weiße. Praktisch ist er im Süden ein mißachteter Paria der Gesellschaft. Der Neger darf nicht einen Eisenbahnwagen betreten, in dem sich Weiße befinden, er wird nicht in einem besseren Hotel aufgenommen, ja, er kann nicht einmal Versammlungen und Vorträge der Weißen besuchen.

Erst in der letzten Zeit beginnen sich die Neger gegen ihre Bedrückung aufzulehnen. Ihr Aufstieg in kultureller Hinsicht geht Hand in Hand mit der sozialen Entwicklung. Während in der Lebensführung und in den Lebensgewohnheiten der beiden Rassen ein großer Unterschied besteht, führt die Arbeit die Proletarier beider Rassen täglich zusammen. In den Fabriken, sowie bei Straßenbauten und Eisenbahnbauten sieht man Schwarze und Weiße gemeinsam an der Arbeit. Diese gemeinsame Arbeit führt dazu, daß jetzt, wo die Proletarier Amerikas zu erwachen beginnen, auch vielfach Streiks gemeinsam geführt werden. Im Kampfe gegen die Unternehmer ist der schwarze Arbeiter natürlich ebenso wertvoll wie der Weiße. Die weißen Arbeiter beginnen — wenigstens in den Zeiten des Kampfes — die Neger als Kampfgenossen zu betrachten. Andererseits hebt der soziale Kampf das Selbstbewußtsein der Neger und weckt in ihm das Bedürfnis, rassistisch gleichgewertet zu werden.

## Massenarbeitslosigkeit

Die sozialen Kämpfe in Amerika haben in den letzten Jahren eine Ausdehnung erreicht wie nie zuvor. Kein Wunder, in Amerika gibt es derzeit 12 Millionen Arbeitslose. Die Statistiker streiten sich darüber, ob diese Ziffer richtig ist. Optimisten behaupten, es gäbe nur 10 Millionen Arbeitslose. Aber selbst diese Zahl als richtig angenommen, bedeutete dies, daß ein Viertel der amerikanischen Industriearbeiter ohne Arbeit ist. Dazu kommt, daß die Arbeitslosigkeit nicht erst von gestern stammt, die Krisis liegt nun seit mehr als drei Jahren bleiern auf dem amerikanischen Wirtschaftskörper. Ich habe mit Arbeitslosen gesprochen, die schon vier und fünf Jahre arbeitslos sind.

In der Zeit der Prosperität konnten sich die amerikanischen Arbeiter bei relativ hohen Löhnen ein kleines Familienhaus kaufen und auch das übliche Kleinauto. Nun ist der Mann arbeitslos geworden. Es ist ihm unmöglich, die vertragmäßigen Raten für das Haus zu bezahlen. Er verliert Haus und Auto. An das Auto klammert er sich am längsten. Aber auch dieses ist nicht zu halten. So sinkt der Arbeiter immer tiefer und lernt nun alle Schrecken des europäischen Arbeiterdaseins in Amerika kennen.

Der Sturz von der Höhe der Prosperität in die Tiefen der Krise kam dem

amerikanischen Volk ganz unerwartet. In Gesprächen mit Amerikanern aller Klassen hat man immer wieder den Eindruck, daß die Amerikaner dieses Ereignis nicht zu fassen imstande sind. Man ist in Amerika im allgemeinen weit davon entfernt, die Krise als eine notwendige Folge der kapitalistischen Produktionsweise zu betrachten. Man glaubt vielmehr, daß da irgendwo im Mechanismus der Produktionsweise Fehler stecken müssen, die man beseitigen könne. So blickt das Volk gläubig zu Roosevelt auf und hofft, daß er der Werkmeister sein werde, der den Fehler

im Produktionsmechanismus finden und ausbessern werde.

## Die Politisierung der Arbeiterschaft

Der große Wahlsieg, den die demokratische Partei im November 1934 bei den Gouverneurswahlen erzielte, ist dem Wunderglauben zuzuschreiben, mit dem das Volk auf die Lösung durch die Roosevelt'schen Reformen hofft. Diesem Wunderglauben muß naturgemäß die Enttäuschung folgen. Denn auch Roosevelt kann den Kapitalismus nicht von seiner Wesen-

heit befreien. Einsichtige Wirtschaftspolitiker sehen diese Enttäuschung kommen. Von ihnen hörte ich die Frage: Was dann, wenn die Hoffnungen auf Roosevelt vergangen sind und das amerikanische Volk noch verzweifelter sein wird als jetzt? Es ist schwer, auf diese Frage eine Antwort zu geben. Der Weg der politischen Entwicklung Amerikas kann in dieser Zeit sowohl nach links als nach rechts gehen. Die amerikanischen Massen sind politisch ungeschult und können deshalb das Opfer politischer Schlagworte werden. Aber eines ist sicher: die amerikanischen Proletariatsmassen beginnen allmählich politisch zu denken. Früher war das der Stolz eines jeden amerikanischen Arbeiters: sich selbst zu helfen. Er hatte für sich das Vorbild eines Rockefellers oder eines Morgans oder eines anderen Industriemagnaten, der klein begonnen hatte und schließlich ein Multimillionär wurde. Nun sind diese Hoffnungen in der Krise in nichts verflossen. Mit dem persönlichen Aufstieg ist es nichts — auch in Amerika nicht. Das wurde durch die Krise Millionen und aber Millionen demonstriert. Andererseits haben die Roosevelt'schen Reformvorschläge die Massen auf den Staat zu blicken gelehrt. Täglich verkünden die Zeitungen, daß der Staat in diesem Elend der Krise helfen solle und helfen kann. Nun beginnen die Arbeiter den Staat mit anderen Augen als bisher anzusehen. Früher wollten sie von einer Staatshilfe so wenig etwas wissen wie etwa die Arbeiter Deutschlands am Ende der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts. In dem Augenblick nun, in dem sie sich von der Selbsthilfe abwenden und die Staatshilfe als eine Möglichkeit der Besserung ihrer Existenz betrachten — beginnt das politische Denken der amerikanischen Arbeiter.

## Vorbild — die englische Arbeiterbewegung

Die sozialen Auseinandersetzungen zwischen den Besitzenden und den Arbeitermassen haben auf der ganzen Linie eingesetzt. Es kann nicht lange dauern, und diese sozialen Auseinandersetzungen werden nicht allein im kleinen Gebiet des Wirtschaftslebens, sondern auch in der Arena der Politik ausgefochten werden. Amerika scheint vor dem Beginn einer Arbeiterbewegung zu stehen. Die Entwicklung verläuft, wie es scheint, ähnlich wie seinerzeit in England. Es ist die große historische Aufgabe der sozialistischen Partei in Amerika die Möglichkeiten, die sich aus der derzeitigen Situation ergeben, auszunutzen und den Proletariatsmassen Führerin im Kampfe zu sein. Eine Arbeiterbewegung in Amerika ist im Werden. Das ist der stärkste Eindruck, den ich von meinem Besuch in den Vereinigten Staaten mitgenommen habe.

## Nach der Saarabstimmung



Die deutschen Arbeiter: „Nur keine Bange, Karl, die werden auch noch klug werden!“

## Für geistige Arbeit — keine Verwendung

### Die Intellektuellen „rüdige Schafe“

Wir zitieren hier den Brief einer national gesinnten, in Berlin lebenden Frau an ihre Freundin. Die Schreiberin schildert das elende Schicksal der geistigen Arbeiter im ungeistigen Dritten Reich. Sie schreibt:

»Selbst wenn man, wie ich, eine stramm nationale Haltung von jeher nachweisen kann, so ist es doch jetzt vor allem durch die Schrumpfung unzähliger schriftstellerischer und auch Vortragsmöglichkeiten — besonders noch für Frauen — fast unmöglich, als Schriftstellerin und geistige Arbeiterin weiter zu existieren, auch wenn man rastlos sich um die Möglichkeiten in der Tagespresse und an anderen Stellen bemüht. Die Gründe für dies grenzenlose Elend, das fast in der ganzen Schicht der geistig tätigen Kräfte der Nation jetzt herrscht und um das sich niemand eigentlich kümmert, sind so breitschichtige und so tiefliegende, daß ich gar nicht erst damit anfangen, sonst könnte ich Dir nur davon allein schreiben.«

Schon die Beschäftigung mit geistigen Fragen macht verdächtig. Nicht nur Kalendersprüche versichern, daß ein Deutscher »nie ein Intellektueller sein könne«, auch im täglichen Leben wird den verfluchten Intellek-

tuellen gezeigt, was eine Harke ist. In dem Brief heißt es:

»Sind wir doch als ‚Intellektuelle‘ ohnehin rüdige Schafe und ich erst recht als ‚geistige Frau‘, die sich auch nicht zu den sogenannten Märzgefallenen rechnen lassen möchte. Das geht mir wider den Stolz. Wenn ich lese, wie sozusagen das Ins-Theater-Gehen als selbstverständliche nationale Kulturpflicht verkündet und erwartet wird, so kann ich nur annehmen, daß die betreffenden Herren keine Ahnung haben, wie es heute gerade bei der früher eifrigsten Theatergemeinde aussieht. Wie sollen wir denn das möglich machen, wo wir schon bei aller Ausnutzung von Zeit, Kräften und verfügbaren Mitteln kaum existieren können? Es scheint, daß man sich über die Lage und die heutigen allgemeinen Lebensbedingungen des ‚Arbeiters der Stirn‘ wenig Gedanken macht — wenigstens habe ich davon in offiziellen Kundgebungen und Maßregeln nichts bemerkt... Die Not des ‚Arbeiters der Stirn‘ als solche scheint im sonst doch so sozial gesonnenen Staat nicht zu existieren; auch die Erfahrungen, die ich mit den heutigen Presseorganen gemacht habe, zeugen nicht von wirklichem Verständnis für die soziale Lage des Schriftstellers. Der Geistesarbeiter ist offenbar

nicht seines Lohnes wert, auch nicht im Falle bestellter Arbeit.«

Auch Rundfunkvorträge, so versichert die Briefschreiberin, werden jämmerlich honoriert. Sie hat einmal versucht, diese Frage in einer Fachschaftsitzung aufs Tapet zu bringen — aber da ist sie schön angekommen:

»Zuletzt wurde ich wegen der Erwähnung dieser Honorierung, die doch kein Geheimnis war, noch zum ‚Meckerer‘ gestempelt. Du kannst Dir denken, daß bei solchen Erfahrungen natürlich kein Mensch seinen Mund mehr auftut, um irgend einen Mißstand oder sachlichen Notstand zu erwähnen... Wir hören zwar immer wieder, es soll jedem Notstand abgeholfen werden. Wenn man aber solche Notstände gar nicht an hören will, die sich in der Praxis ergeben, wie will man helfen? Da man trotz offizieller Aufforderung das, was als Erleben aus der Arbeit und aus Nachdenken erwächst, praktisch an die Nervenstränge der Partei ebensowenig heranbringen kann, wie man solche Dinge in der Tagespresse wirklich diskutieren kann, so platzt es eben bei solcher Gelegenheit (nämlich beim Briefschreiben, NV) heraus.«

Soweit das Schriftstück. Und zum Schluß wollen wir dem Leser noch verraten, wie es in unsre Hände kam. Durch einen Kurier? Auf Umwegen? Heimlich? Aber nein! Dieser Brief ist weder ins Ausland gerichtet, noch für die »Emigrantenspresse« bestimmt, obgleich es so scheinen könnte. Er wurde zu-

erst wortwörtlich in der Frauenzeitschrift »Deutsche Kämpferin«, Berlin, abgedruckt.

Man sieht: Die Kriegsfreiwilligen-Zeitschrift wurde verboten, jedes Blatt, das Deutsch zu schreiben wagt, riskiert sein Leben — aber das Gemecker dringt bereits aus allen Poren der gleichgeschalteten Presse. Schon helfen keine Verbote, keine Zauberformeln mehr. Wenn es nicht gelingt, die deutsche Nation über Nacht und durch Hexerei in ein Analphabetenvolk zu verwandeln, so werden wir bald tagtäglich das heftigste Gemecker und die munterste Miesmacherei schwarz auf weiß genießen können.

### „Vierfüßiger Stoffwahn“

Selbst deutschen Antisemiten von ältestem Schrot und Korn wird vor den neudeutschen Rassereinigern und ihrer Gottähnlichkeit bange. Da ist z. B. Artur Dinter. Niemand wird ihm nachsagen wollen, er sei ein »Märzgefallener«, hat er doch schon unter Wilhelm die Sünde wider das Blut entdeckt. Dieser Dinter gehört natürlich auch heute zu den strammsten Blubo-Leuten und möchte »die rein arisch-heidische Lehre Jesu zur alleinigen Grundlage einer neuen deutschen Volkskirche machen.« Aber selbst diesem Dinter steigt gelegentlich ein Brechreiz in der Kehle empor. Vor kurzem entfuhr ihm in einem Vortrag, gehalten für den Gau Groß-Berlin seiner »Deutschen Volkskirche«, die folgende Wahrheit (und sie entfuhr ihm nicht nur, er druckte sie auch in seiner Zeitschrift nach):

»Das, was den Anlaß gibt, uns Deutsche zu nennen, das gleiche Blut, die gleiche Heimat, die gleiche Sprache, das alles habtet ohne sittlich religiöse Vertiefung an der Oberfläche. Die Vergottung von Blut und Rasse, Volk und Vaterland, der man heute allenthalben begegnet, ist nichts als platter, vierfüßiger Stoffwahn (Materialismus) und meist nur ein sehr bequemer Vorwand zum Ausleben der eigensüchtigsten Instinkte... Würde eine solche stoffsüchtige (materialistische) Verflachung in der nationalsozialistischen Weltanschauung siegen, so wäre das auf die Länge der Zeit gleichbedeutend mit dem Untergang des nationalsozialistischen Volksstaates.«

Und diese vierfüßige Verflachung hat schon gesiegt. Endgültig. Wenn bereits die allertreuesten und ältesten Hofantisemiten seiner Majestät derartige Kassandrarufer ausstoßen — was kann man dann von den Neugebackenen verlangen?

### Der gestrichene Jude

In Deutschland ist vor kurzem der Film »Peer Gynt« herausgekommen, der auch im Ausland gespielt wird.

Ein wörtliches Zitat aus dem 4. Akt des »Peer Gynt« wird in diesem Film übernommen:

»Das Glück, von dem Ihr schon erfuhret, verdanke ich Amerika. Die wohl gefüllten Bücherschränke den jüngeren Schulen Deutschlands schuld ich. Frankreich mit Kleidern mich versah, mit Witz, Esprit und auch Zynismus.

Von England lernt ich, wie man denke, Arbeit und etwas Egoismus.

Vom Juden, wie man sei geduldig.

Diese Schlußzeile fehlt im Film.

# Wahrheiten, die sie nicht vertragen

Der Philosoph und Pädagog Theodor Litt, Universitätsprofessor in Leipzig, ist vor kurzem wegen eines Vortrages über Hegel auf die Denunziation eines Studenten hin gemäßigert worden. Genauer gesagt, gemäßigert worden ist er wegen der kritischen Randbemerkungen über Wissenschaft und totalitären Staat, die er in seinem Vortrag über Hegel eingeflochten hat. Seine Vorlesungen wurden zeitweilig eingestellt, ein Verfahren gegen ihn ist anhängig.

Ein Ereignis, das aus der Kulturrolle des Dritten Reiches herausfällt, ist diese neueste Maßregelung nicht. Das Hitlerregime hat immer noch keinen Respekt vor der geistigen Autorität, noch immer keine Ahnung von der moralischen Einbuße und Schwächung seiner politischen Macht durch solche Attacken gegen repräsentative Gelehrte. Es hat nur Furcht vor Forschern mit Charakter und Zivilcourage.

Der Fall Litt zeigt andererseits aber auch die beschämende Zurückhaltung der Kollegen. Die deutschen Universitätsprofessoren bilden zu gut 60 Prozent einen Oppositionskreis gegen den Nationalsozialismus. Trotzdem hat bisher noch kein Kollegium den Mut aufgebracht, gegen die Maßregelung von Berufsgenossen zu protestieren. Die Professoren haben den Corpsgeist bis zur Uebersteigerung gepflegt, aber noch immer versagt ihr Corpsgeist bei würdigem Anlaß. Dem Beispiel der Pfarrer und Dirigenten wagen sie einstweilen noch nicht zu folgen. Aber erhebend dennoch, unter dieser Schar von Aengstlichen von Zeit zu Zeit einen Mutigen aufstehen zu sehen, einen Mutigen, der hinausgeht und hinausragt, daß der totalitäre Staat bei der Handhabung des Nationalsozialismus die Grabhaufen der Kultur ist.

Professor Litt hat sich schon einmal mit dem nationalsozialistischen System als scharfer Kritiker auseinandergesetzt. Im Sommer 1933 wurde er aufgefordert, anlässlich des pädagogischen Kongresses in München einen Vortrag über den akademischen Unterricht im neuen Staat zu halten. Die Kongreßleitung hatte ursprünglich diese Aufgabe Professor Spranger zugeordnet, aber Spranger war gleich nach der Machtergreifung Hitlers in Differenzen mit der Regierung geraten und hatte keine Lust, sich neue zuzuziehen. Litt schickte sein Manuskript dem Vorsitzenden des Kongresses ein, erhielt es aber bald mit der Begründung zurück, daß die Kongreßleitung die Verantwortung für seine Ausführungen nicht übernehmen könnte. Litt ließ darauf den Vortrag unter dem Titel: »Die Stellung der Geisteswissenschaften im Nationalsozialistischen Staat« als Broschüre im Verlag Quelle und Meyer in Leipzig erscheinen. Zu Beginn der Broschüre steht der Vermerk, daß kein Wort vom beabsichtigten Vortrag gestrichen, keines ihm hinzugefügt wurde. Der Verkauf der Broschüre scheint schon längere Zeit verboten zu sein. Mehrfache Bestellungen

gen beim Verlag blieben bisher unbeantwortet.

Die Schrift Litts gehört dem Gebiet geschichtsmethodologischer Untersuchungen an. Als solche ist sie vielleicht die tiefste und wichtigste Abhandlung seit Windeibands berühmter Rektoratsrede »Naturwissenschaften und Geschichte« und Georg Simmels »Grundprobleme der Geschichtsphilosophie«. Darüber hinaus ist sie ein Pamphlet vornehmsten Stils, würdig neben Lassalles Gerichtsrede »Wissenschaft und Arbeit« erwähnt zu werden. Bei aller doktrinären Gründlichkeit ist sie eine geradezu hinwegfegende Eriedigung der nationalsozialistischen Ansprüche, von der Politik aus der Forschung Prinzipien aufzuerlegen.

Die Geschichtsmethodologie will die verknüpfenden und erklärenden Begriffe der historischen Tatsachenermittlung und Tatsachendarstellung aufstellen und, falls solche schon da sind, auf ihre sachlich-logische Berechtigung prüfen. In der Geschichtsforschung ändert sich darin von Zeit zu Zeit, durch Zuwachs oder Beseitigung von Grundbegriffen, viel. So hat Karl Marx geradezu revolutionierend gewirkt, als er die reine Hof- und Staatshistorie unter »idealistischen« Gesichtspunkten durch die Lehre vom historischen Materialismus zwang, die ökonomische Perspektive mitaufzunehmen. Da ist nun unlängst der Nationalsozialismus auf den Plan getreten, um als abschließende Weisheit geschichtlicher Betrachtung ihr sein Rassenprinzip zugrunde zu legen. Alle Geschichte sei die Geschichte von Rassenkämpfen und Rassenleistungen. Hat der Nationalismus auf diese Weise Geschichte konstruiert, so wird er hinterher nach dem bekannten Verfahren der Einschmuggelung von unbewiesenen Voraussetzungen in die Beweisführung (petitio principii) sehr leicht zeigen können, wie prachtvoll sich die Rassenidee in der Geschichtsforschung bewährt.

Mit diesem Versuch, den Rassenbegriff der Geschichte als findendes und erklärendes Mittel aufzuerlegen, setzt sich Litt in seiner Broschüre auseinander. Es gäbe, sagt er, gar keine Geschichte, wenn, was historisch vermerkt werde, bloß eine Abwicklung von Rassenangelegenheiten wäre. Die einzig bestehende Größe im geistig-seelischen Bereich wäre dann eben die Rasse und alles Historische nur eine Ableitung und Einkleidung dieser Realität Rasse. In unzähligen Variationen hätte Geschichte immer nur dieselbe Weisheit zu belegen, das jene und diese Rassen die eigentlichen Tatbeteiligten seien und die historischen Personen nur als ihre Strohmannen aufträten.

Aus der Geschichte würde eine fatalistische Theorie. Alles sei vorausbestimmt durch die Rasse. Ein Geist, der alle Qualitäten der Rassen kenne und dazu die historische Lage einer Zeit, wüßte, wenn die Theorie richtig wäre, von diesen beiden bekannten Größen

aus zu errechnen, was war und was sein wird; die Freiheit von Personen, auf gegebene Verhältnisse und Zustände mit der Eigenheit eines sittlich-vernünftigen Charakters zu handeln, wäre unmöglich.

Was aber geschichtliche Aufstellungen und Erklärungen von Grund aus verderben, das sei die Konstanzforderung der Rassen. So wie die ursprünglichen Abstammungseinheiten eintreten in ihr historisches Dasein, so seien, körperlich und geistig, ihre Nachkommen bis auf den jüngsten Geschichtstag, sollten sie auch noch so viel erleben. Wenn das stimmt, könnte kein Historiker begrifflich machen, kein Mensch verstehen, wie Revolutionen und Evolutionen aus den Völkern im Laufe der Zeiten einen anderen Menschenschlag mit ganz anderen Lebensverhältnissen erschaffen und selbst Ausdruck dieser Veränderung sind.

Mit dem Rasseprinzip ist also keine Geschichte zu begreifen. Das würde aber noch kein Beweis gegen den Bestand der Rasse im Sinne der Nationalsozialisten sein, gäbe es sonst Tatsachen zur Unterstützung dieser Annahme. Aber diese Tatsachen existierten eben nicht, derartige Behauptungen seien reine Diktate der Nazi-Politik.

Mit dem Versuch, politische Forderungen in die Geisteswissenschaften einzuschmuggeln, geht Litt am schärfsten ins Gericht. Ein Gelehrter, der solcher Bestrebungen entgegenkäme, habe den Anspruch auf wissenschaftliche Sauberkeit verwirkt.

Das sagte Litt noch 1933. Man versteht, weshalb dieser Mann gemäßigert wurde!

### Nordischer oder ostischer Blinddarm?

Auf einer Tagung des NSD-Aerztebundes in Königsberg-Preußen hat, wie die »Deutsche Medizinische Wochenschrift« mittelt, der Stellvertreter des Reichsarztchefs, Dr. Bartels, den Typus des neuen Arztes »formuliert«. Er ist der Meinung, daß es für die Aerzte keine Spezialisierung der einzelnen Grundrassen geben dürfte, für sie gelte nur die Frage deutschstämmig oder fremdrassig, denn die Aerzte hätten kein Verlangen nach einer Zerreißung des deutschen Volkes in verschiedene Grundkeime, die doch schließlich alle gemeinsam der deutschen Erde entwachsen.

Man fragt sich erstaunt: was ist hier vorgegangen? Wenn die Aerzte es so entschieden ablehnen, »das deutsche Volk in Grundkeime zu zerreißen«, muß doch an sie von irgendwoher die Aufforderung ergangen sein, solches zu tun. Und was heißt in diesem Falle »Spezialisierung«? An höchster Stelle scheint man zu wünschen, daß ostbaltische Mandelentzündungen anders behandelt werden als dinarische, nordische Blinddarmerkrankungen anders als fällische.

Und der ahnungslose Goethe legte seinem Mephisto die Worte in den Mund: »Der Geist der Medizin ist leicht zu fassen!«

## Harmloser Kinderreim

Dreht Euch nicht um!  
Der Klumpfuß geht um.

Er scheint und schillert,  
Er lockt und trillert,  
Er funkelt und zündelt,  
Er schwatzt und schwindelt,  
Er wippt und schaukelt,  
Er glänzt und gaukelt,  
Bläst durch die Nase  
'ne Seifenblase.

Doch macht Ihr Euch bei, —  
Schwupp, — ist sie entzwei!  
Dreht Euch nicht um!  
Der Klumpfuß geht um.

Dreht Euch nicht um!  
Der Klumpfuß geht um.

Er lobt und preist,  
Verspricht, verheißt  
Arbeit und Lohn,  
Und führt Euch in Fron!  
Mit viel Gekreisch  
Macht er auf Fleisch  
Euch wässrig den Mund, —  
Und gibt's zur Stund  
Nur magere Knochen,  
Hat nichts er versprochen!  
Dreht Euch nicht um!  
Der Klumpfuß geht um.

Jetzt dreht Euch um!  
Die Wahrheit geht um.

Auf leisen Sohlen  
Naht sie verstohlen  
Schleicht unerkannt

Im Bettlergewand,  
Zwängt sich durch Ritzen  
Auf Zehenspitzen,  
Auf dünnen Blättern,  
In kleinsten Lettern.  
Nehmt sie in Hut,  
Und laßt sie gut!  
Jetzt dreht Euch um!  
Die Wahrheit geht um.

Mucki.

### Verwandlung

Von Bruno Brandy.

Der Primaner Rolf war auf dem Heimwege. Die Schultasche baumelte wie verloren in seiner Hand, der Kopf hing nach unten. Eine Stimme dröhnte noch in ihm, groß und schwarz drohte die Figur des Professors dahinter: »Heroisches Wollen ist bewegende Kraft unseres Daseins. Unergründbar waltet das Schicksal über uns und fordert heidisches Denken. Wir müssen wieder lernen, blutmäßig-germanisch zu fühlen, im Blutopfer den Sinn unseres Lebens zu sehen...«

Auswendig kannte Rolf die Litanei. Täglich hörte er das in der Schule, im Rundfunk, in der Nazipresse. Das dröhnte und dröhnte und betäubte im Anfang, aber allmählich wurde der Schall der neuen donnernden Worte matter; Fragen stürmten dagegen an. Heroismus: wo, wann, wozu? Heidisch denken, nun gut, aber dabei mußte Raum sein für irgendeine notwendige Tat, sonst ging es einem wie dem kleinen Ramisch, der seinen Kameraden im kindlichen Streit ein Messer in den Bauch rännte, weil er ein Held sein

wollte. Aber das verbot doch wohl einfach die Polizei!

Wofür also Blutopfer? Für den »Kampf ums Dasein«, um Posten, Stellung, Gehalt? Merkwürdig, wie das alles komisch wurde, wenn man darüber nachdachte. Wieso »Volksgemeinschaft«, Harmonie der Klassen und Stände, völkischer Gemeinschaftsgeist, wenn dieses Leben ein Kampf sein sollte?! Oder meinte man den Krieg? Aber da dröhnten wieder andere Worte dazwischen: Frieden, Friedenspakt, Freundschaft mit den Nachbarn...

Rolf blieb an der Ecke stehen. Hier mußte der Professor vorbei. Er sollte Rede und Antwort stehen, einmal mußte es heraus: Warum blutiger Heldengeist, wenn ihr an die Volksgemeinschaft glaubt?! Warum Heroismus, wenn ihr mit Polen und Franzosen Friedenspakete schustert?! Was ist Wahrheit? Ich möchte ein Held sein, ich möchte heroisch leben! Wen soll ich töten? Ich habe keinen Feind und wenn ich einen hätte, schützten ihn eure Gesetze. Wer kann mein Blutopfer brauchen! Heraus mit der Sprache, Herr Professor, ich halte diese Spannung nicht mehr aus! Wenn du aber keine anderen Worte weißt, als die bekannten vom »Mythos des unergründlichen Schicksals«, dann schweig...

Ueber die Straße hinweg schlurft der Professor, dunkel, groß und erstaunt, als sein Schüler plötzlich neben ihm ging. Hastig, in der Furcht, jäh unterbrochen zu werden, sprudelte Rolf seine Fragen heraus. Dann schwieg er und wartete wie auf ein Ungewitter.

Der Professor war stehen geblieben, sein

Hut wuchs an der Laterne empor. Hinter seinen Augengläsern mischten sich Kummer und Empörung. »Knabe, Knabe, sagte er. »Du bist liberalistisch verweht. Du willst durch rationalistische Vernünftigkeit ergründen, was Dir nur der Mythos des Blutes offenbaren kann! Dir fehlt das Wichtigste, Dir fehlt der völkische Instinkt! Du ermangetest des blutmäßig-rassischen Erlebens...« Nahm die Hand von Rolf Schuiter und ließ ihn stehen.

Der verwunderte sich nicht lange, denn solche Worte hörte und las er täglich. Ach, alles um ihn her war so schwer, so fremd, so neblig! Traurig ging er nach Hause, setzte sich vor das Bücherbrett des Vaters, griff einen schmalen Band heraus und las: »...Wer Wahrheit nicht einfach sagen kann, weiß nichts von ihr. Und sei immer mißtrauisch gegen Menschen, die blinden Glauben fordern. Wer nicht denken will, haßt die Freiheit des Geistes. Die aber ist der Güter Höchstes, ohne sie gibt es kein Aufwärts und keine Menschheit. Wenn du den Wert eines Staates messen willst, so frage ihn, was er für die Menschlichkeit tat — — —«

Er ließ das Buch sinken. Welch seltsame Worte! Von weither kamen sie, aus einem Lande, das er einmal gekannt hatte. Behutsam streichelte Rolf über den Leib des Bandes. Welch glückliche, weich weise Zeiten, in denen solche Bücher wuchsen! — Seine Stirn brannte, er zog den Hut darüber und stieg wieder zur Straße hinab... Ein Wort hatte sich festgebissen hinter seiner Stirn...

Der Mittagstrom glitt durch die Straßen. Ein Trupp brauner Uniformen stapfte über

## Dichtung nach Zentnern

Will Vesper, der seit ja die Konkurrenz haßt, ob sie ostlich oder nordlich ist, klagt in der Januarnummer seiner »Neuen Literatur« darüber, daß die bösen Ausländer den neudeutschen Dichtergenies nicht die nötige Bewunderung zollen. Er schreibt:

»In vielen Ländern findet zur Zeit nur die jüdische Emigranteliteratur als »deutsche Literatur« Aufnahme und Beachtung, z. B. in Italien!... Die Völker handeln mit unsrer Dichtung wie jemand, der den Apfelbaum und seine Früchte nicht mehr achtet, weil der Gärtner das Schmarotzergewächs, die Mistel, ausschneidet.«

Den »Völkern« scheinen jene braunen Dichteräpfel eben bedenklich nach Roß-Äpfeln zu schmecken. Aber Will Vesper, der ja keinem Volk der »Wechsler und Händler« entstammt, ist mit einem originellen Vorschlag bei der Hand:

»Wir müssen diesen Ländern deutlich machen, daß wir es solange gleichfalls ohne ihre Literatur aushalten, wie sie die unsre aussperren... Eine der wichtigsten Aufgaben für die Reichschrifttumskammer scheint mir eine Art gelasteter Planwirtschaft gegenüber und im Einverständnis mit dem Ausland, eine Art geistiger Devisenkontrolle zu sein, die es verhindert, daß andre Völker sich geistig gegen Deutschland absperrten und wir doch ihre Literaturen aufnehmen. Hier hätten auch die deutschen Gesandtschaften und Konsulate eine wichtige Aufgabe zu erfüllen.«

Na, bravo! Gerade das hat noch gefehlt. Wir empfehlen die Aufstellung von Austauschlisten nach folgendem Muster:

Ein Doppelzentner Will Vesper gegen einen Zentner Pirandello  
Ein Zentner Blunck gegen zwei Zentner Shaw  
Zwanzig Pfund Baldur von Schirach gegen zehn Pfund Galsworthy  
Zehn Gramm Göbbels gegen ein Gramm Sinclair Lewis.

Und wenn die verdammten Ausländer die Göbbels'schen Dichtwerke nicht schlucken wollen, dann sollen sie sich ihre Lagerlöf, ihren Unamuno, ihren H. G. Wells, ihren Dos Passos in Gottes Namen behalten!

## »Unzulängliche Ausbildung«

Selbst in der »Deutschen Juristenzeitung«, die nach der Kaltstellung ihres ehemaligen Herausgebers, des Senatspräsidenten a. D. Baumbach, brav nach der Regierungspfeife zu tanzen pflegt, beklagt sich Prof. Dr. Kisch, München, in einem Aufsatz über Zivilprozeß-Reform, daß die Ausbildung der jungen Juristen immer mangelhafter werde. Er schreibt:

»Eine Tatsache muß ernste Besorgnis hervorrufen. Die Reichsjustizausbildungsordnung hat es für richtig gehalten, die Anforderungen der I. Staatsprüfung auf die »Grundsätze des Verfahrensrechts« zu beschränken. Die bevorstehende Studienordnung scheint demgemäß das Verfahrensrecht im akademischen Unterricht stark zurückdrängen zu wollen. Werden solche Pläne verwirklicht, so ist zu befürchten, daß letzten Endes unsere künftigen Richter und Rechtsanwälte auf dem für die Volkanähe des Rechtes so überaus

# Krieg um Kötzschenbroda

Überall, auf allen Stationen ruft der Mensch den Namen der Station.

Selbst des Nachts, wo sonst nur Diebe munkeln, hört man: Kötzschenbroda, Schrimm, Kamenz, sieht man Augen, Knöpfe, Fenster funkeln; kein Stationschen ist so klein — man nennt's!...

Christian Morgenstern: Palmström. »Kötzschenbroda, Stadtgemeinde mit 17.500 Einwohnern, an der Elbe bei Dresden in der sogenannten »Löbnitz« gelegen. Wein-, Obst- und Gemüsebau, Erdbeer- und Spargelhandel.«

In der Geschichte taucht sein Name nur einmal auf: im August 1645 wurde hier der erste Waffenstillstand des Dreißigjährigen Krieges abgeschlossen. Die Schweden unter Torstenson und Banér hatten den wettinischen Kurfürsten dazu gezwungen. Der Neutralitätsvertrag von Kötzschenbroda befreite Kursachsen von der tätigen Teilnahme an Kriegen, räumte aber den Schweden Leipzig und Torgau ein und gab ihnen das Land für den Durchmarsch nach Böhmen frei; die Belagerung von Brünn durch Torstenson 1646 und die Eroberung der Prager Kleinseite durch den schwedischen General Königsmark 1648 war dadurch möglich geworden.

Kötzschenbroda, im Volksmunde kurz »Kötzschr« genannt, ist slawischen Ursprungs; die Sorbenwenden haben zwischen dem 6. und 10. Jahrhundert im Eibitztal gesiedelt. Der Name soll »Ziegenfurt« bedeuten. Das ist schon möglich; die Sprache der Wenden ist dem Tschechischen nahe verwandt und auf tschechisch heißt ja koza = die Ziege und brod = die Furt, also: kozi brod = Ziegenfurt.

Ist das der Grund, daß heute ein Krieg um Kötzschenbroda entbrennt? Kötzschenbroda hat sozusagen keine arische Großmutter. Aber das ist es nicht allein, denn sonst müßte man ja in Sachsen, in der Mark und in anderen Gegenden Deutschlands massen-

haft Orte umtaufen, deren Namen alle auf slawischen Ursprung zurückgehen. Gegenüber von Kötzschenbroda liegt zum Beispiel Cossebaude. Auf tschechisch heißt kosa (mit s zum Unterschied von koza) = die Sense und bouda = die Bude, die Hütte; tatsächlich hausten in Gosebudi, wie der Ort in alten Urkunden geschrieben steht, die slawischen Schnitter, die nach der germanischen Eroberung dem Burgwart von Woz, dem heutigen Weißstropp, hörig waren. Soll sich Cossebaude seiner nichtarischen Herkunft weniger schämen müssen als Kötzschenbroda? Also, wenn schon, denn schon — wie wärs mit einer Austreibung aller slawischen Ortsnamen aus Deutschlands Gauen? Es gäbe einen Riesenspaß für die ganze Welt!

Tatsächlich soll der Name Kötzschenbroda getilgt werden. Das hat noch einen anderen Grund. Der Name klingt nichtsächsischen Ohren ulkig; wenn die Komiker nicht Posemukel sagen wollen, sagen sie der Abwechslung halber Kötzschenbroda, und sogar dem Dichter Christian Morgenstern kam der Name für einen Spaß gelegen. Und darum, wirklich darum soll der slawische Name verschwinden; Kötzschenbroda soll mit der unmittelbar benachbarten Stadtgemeinde Radebeul zusammengelegt werden und künftig mit ihr gemeinsam diesen Namen tragen. Radebeul — der Zusammenhang mit dem germanischen Worte Rodung ist handgreiflich; aber beul? — bíla = die weiße Rodung? Auf dem weißen Eibitz? Das wäre ja wieder slawisch! Tatsächlich gibt es im Böhmischen, bei Leitmeritz eine Radebeule; Raobil heißt der Berg auf tschechischen Karten. Man hats nicht leicht in Wotans Reich.

Jedenfalls war die Verschmelzung beider Stadtgemeinden unter dem Namen Radebeul schon zu gut wie beschlossene Sache. Die braunen Stadtvertretungen waren sich einig. Die Meldezettel für das Adreßbuch 1935 trugen schon die Uebergangsbezeichnung: Radebeul, Ortsteil Kötzschenbroda. Und auch sonst war alles schön in Ordnung. Der jetzige erste

Bürgermeister von Kötzschenbroda, Dr. Brunner, soll nach der Vereinigung zweiter Bürgermeister werden — er ist der studierte Jurist, also ein Intellektueller. Der jetzige erste Bürgermeister von Radebeul, Severit, soll erster bleiben — er ist Weinreisender. Aber er ist mehr: er ist ein Duzfreund Mutschmanns! Nun meckern die Kötzschenbrodaer: die vorgesehene Rangordnung habe nichts mit dem Parteibuch zu tun; das sei nur so geplant, weil der erste Bürgermeister doch bei Empfängen, Festlichkeiten usw. repräsentieren müsse und ein Weinreisender sicher trinkfester sei.

Doch es blieb nicht beim Meckern. Die Kötzschenbrodaer Lokalpatrioten ergrimten. Sie wollen nicht von Radebeul verchluckt werden. Ihre Stadt ist die Ältere; sie »hat Geschichte« — siehe 1645. Und sie ist die größere — Radebeul hat nur 12.400 Einwohner. Allerdings: es hat Karl Mays Villa »Shatterhand« mit dem Indianermuseum, und wenn man bedenkt, daß Karl May der Lieblingsautor des »Führers« ist, so fällt das schwer ins Gewicht; es wiegt die schäbige Urkunde von 1645 um ein Vielfaches auf. Doch die Kötzschenbrodaer Patrioten meutern trotzdem. Sie führen einen emstigen Proschmäusekrieg um ihre Existenz als Kötzschenbrodaer und haben sogar eine Deputation gewählt und nach Berlin geschickt, die bis zum »Führer« vorgedrungen sein soll. Erfolg: die Sache ist an dem Reichsinnenminister Frick verwiesen und die Entscheidung ist einzuwelen bis zum 1. April dieses Jahres vertagt worden. So ist es zunächst zum zweitenmale in der Weltgeschichte zu einem Waffenstillstand von Kötzschenbroda gekommen, und vorläufig rufen die Schaffner noch immer »dank des Dampfs verbindender Tendenz« den Namen der Station: Kötzschenbroda...! Wohl der Stadt, die Gott tut so belohnen: nicht im Stein nur lebt sie, auch im Ton! Täglich vielmals wird sie laut verkündet und dem Hirn des Passagiers verkündet.

Manfred.

wichtigen Gebiet des Prozesses eine völlig unzulängliche Ausbildung erfahren.«

Der Professor greift sich ein Gebiet heraus — er könnte mit demselben Recht verallgemeinern. Nicht nur das Verfahrensrecht wird im akademischen Unterricht zurückgedrängt, sondern der ganze akademische Unterricht schrumpft immer mehr zu einem Anhängsel des militärischen, politischen und rassistischen Drills zusammen. Kandidaten der Jurisprudenz berichten, daß in den Prüfungen die verrücktesten Fragen an der Tagesordnung sind, daß z. B. — im juristischen Examen! — das Thema: »Warum sind wir Antisemiten?« sehr beliebt ist und oft gewählt wird.

Nicht nur den Professor Kisch erfüllt »ernste Besorgnis«, sondern alle wissenschaftlich ernst zu nehmenden Lehrer und Professoren sind längst zu der Ueberzeugung

gekommen, daß der Weg der Jugend in Unwissenheit, Sturheit, Rohheit und Verderbnis führt, wenn mit der »nationalsozialistischen Pädagogik« nicht bald aufgeräumt wird.

## Täglich Brot mit Vorschuß

Arthur Dinter, altbewährter Antisemit, gegenwärtig der Gründer und Leiter einer Sekte, die sich »Deutsche Volkskirche« nennt, hat das Vaterunser gereinigt, und druckt das aufgenordete Gebet in seiner Zeitschrift an. Die vierte Bitte überrascht durch Originalität, sie lautet:

»Unser Brot für morgen gib uns heute.« Vorsichtige Leute sind das! Sie haben von den Führern gelernt, daß es in jedem Fall besser ist, belzeiten in die Scheuern zu sammeln und das eigene Schicksal nicht zu sehr in Gottes Vaterhand zu legen.

## Die grosse Angst

Die »Reichsstelle für deutsches Schrifttum« hat eine Verfügung an die Leihbibliotheken erlassen, in der es heißt:

»Nationalsozialistische Schriften und Bücher sind nach der Rückgabe durch die Kunden auf Randbemerkungen nachzusehen; jeder Verleiher handelt nachlässig und setzt sich unter Umständen großen Unannehmlichkeiten aus, wenn er das nationalsozialistische Schrifttum seiner Bücherei nicht unter strenger Kontrolle hält und nicht verbietet, daß herabsetzende Bemerkungen weiter verbreitet werden.«

Die armen Leihbibliotheken-Besitzer! Wieviel tausend Seiten sie täglich zu durchschnüffeln haben, um den »herabsetzenden Bemerkungen« auf die Spur zu kommen.

das Pflaster und sang ein Lied von Blut und Tod. Da plötzlich stand ein Jüngling aufgereckt am Rande der Straße und rief: »Es lebe die Menschlichkeit!« Die Menge staute sich, die Menschen reckten verwundert die Häuse, ein Wunder am helllichten Tag war zwischen ihnen, hunderte Augen blickten erschrocken und aufgerissen — noch einmal und noch einmal rief der junge Mensch das unerhörte Wort. Aber da sprangen auch schon braune Uniformen durchs Gewühl, deckten den Rufer, schlugen ihn, er schlug mit aller Kraft zurück, bis ihm der Blick dunkel wurde.

Als er aus der Betäubung erwachte, sah er graue Wände und ein vergittertes Fenster. Sein Kopf schmerzte. Blut rann unter einem Verbande hervor. Eine Stunde später stand auch sein Professor in der Zelle, verschränkte die Arme und sagte: »Knabe, Knabe, was hast Du getan!«

»Ich habe für ein großes Wort gekämpft. Ich habe heroisch gehandelt, wie Sie es mich gelehrt.«

»Ein Unwürdiger bist Du! Das Wort der Pazifisten hast Du ausgerufen, den neuen Staat hast Du verhöhnt... Unterbrich mich nicht! Hüte Dich vor diesem Wege, er führt durch Kerker und Konzentrationslager, er führt zum Galgen!«

Die Augen des Jungen glommen hell auf. Also sind die Heroischen heute gefangen, sind im Kerker, werden gefoltert, also ist es die Lüge und die Feigheit, die uns regiert, dachte er und wollte sich auf den Lehrer stürzen. Helle und dunkle Ringe tanzten um Rolfs Augen — und da geschah die Verwandlung: Kleiner und kleiner schrumpfte der

Andere zusammen, wischte Schweiß mit einem großen Tuche, seine Augen zwinkerten, seine Nase wurde schief, die Lippen mümmelten hilflos, der Zwicker überschattete das fliehende Gesicht, die Beine knickten sacht in den Knien, so winzig wurde er, daß Rolflachen mußte — und so, in sich verkrochen und ängstlich, schwand das Männchen durch die Tür.

## Die huppende Großmutter

Keine Sorge, diesmal ist nicht von Großmütterlein Rasse die Rede. Ueber die hier in Frage stehende Großmutter haben bereits unsere Mütter gelacht; denn sie ist eine zwar bemitleidenswerte, gleichwohl nicht ernsthafte Person. Erkundigt Euch nach ihr bei den Salonkomikern, die in vergangenen harmlosen Zeiten ein noch harmloseres Publikum kostete es was es wolle, zum Lachen zu bringen hatten. Hängt mich, falls einer von ihnen diese Großmutter nicht auf dem Repertoire hatte, die blinde Greisin, die vom kleinen Enkel über die Straße geführt wird. An jeder Bordschwelle mahnt der Knirps: »Großmutter, hupp!«, — und die Greisin huppt. Dem Bengel macht das Vergnügen und er läßt die Großmutter alle paar Schritte huppen, auch wenn keinerlei Hindernis im Weg liegt. Dann taucht die Moral auf in Gestalt eines scheidenden Erwachsenen, aber der Bengel erwidert keck:

Lieber Herr, ach, sein Sie still, Denn die Großmutter, die is meene,

Die kann ich huppen lassen, wann ich will!

Ein harmloser Scherz! Ganz harmlos doch nicht. Die rohe Verulkung einer Blinden

wird nur gerade erträglich, weil ihr Urheber ein Kind und die Wirkung unbedeutend ist. Würden wir mit Lachen reagieren, wenn ein Erwachsener eine Blinde ins Wasser springen ließe?

Das deutsche Volk ist seit zwei Jahren blind gemacht worden. Es darf nichts mehr mit eigenen Augen sehen. Es ist hilflos auf das angewiesen, was seine »Führer« — kann es eine bessere Charakteristik der Blindheit eines ganzen Volkes geben als diese Titulatur »Führer« — ihm sagen. Die rufen, wenn ihnen irgend ein Hindernis auf der Bahn ihrer Politik begegnet: »Großmutter, hupp!« — Das ist das Signal für die Nation, um in entsetzliche moralische Entrüstung zu geraten. Nur weiß man nie, ob wirklich ein Obstakulum auf dem Weg gelegen war. Die Führer rufen verdächtig oft: »Großmutter, hupp!« im Großen wie im Kleinen. Die Volkseele muß pflichtschuldigst über einen Reichsbankrat ins Kochen geraten, der hartherzig einen Mieter wegen drei Mark exmittiert habe: nur lag in Wirklichkeit der Fall ganz anders. Doch die blinde Großmutter huppt und wirft dem Bösewicht die Scheiben ein. Führer der SA und SS werden gelditt: »Großmutter, hupp, es waren homosexuelle Schweinehunde!« — Großmutter huppt.

Am gefährlichsten ist das Spiel in der Außenpolitik. Man läßt Großmütterlein Volkseele huppen gestern gegen Polen, heute für Polen, heute gegen Frankreich, morgen für Frankreich, gestern für Italien, heute gegen Italien. Die blinde Großmutter sieht nichts, sie huppt gehorsam, wie man's ihr sagt. Gestern waren die Franzosen vernegerte Bastarde, gestern galt es als Schande,

mit »Polackern« an einen Tisch gesetzt zu werden, — heute sind diese Bundesgenossen, mit jenen möchte man's werden. Großmütterlein huppt wie geheißen. Wegen der Saarabstimmung wird man vielleicht einen großen Entrüstungsrummel inszenieren, vielleicht wird man abwiegeln. Das blinde Großmütterlein weiß nur, was man ihm zu sagen für gut befinden wird, und dementsprechend wird es huppen, — in den Frieden oder — den Krieg!

Blindes, huppendes Großmütterlein Deutschland, was bist Du doch eine tragische und — dreimal lächerliche Figur!

Muckl.

## Deutschland lacht

An der Nordsee wird eine neue große Textilfabrik gebaut. Man hat ein Verfahren zur textilen Verarbeitung des Seetangs erfunden. »Tangstra« wird der neue Faserstoff genannt. Es sollen Tangstra-Gewebe in drei Qualitäten erzeugt werden: 1. Hirngespinnst, 2. Lügengewebe, 3. Leichentuch.

## Lächle, Betrogen!

Ein Inserat in deutschen Blättern lautet:

»Auch Sie lachen Tränen beim neuesten Unterhaltungs spiel: Kleiner Mann — was nun?«

Gewiß, die Bonzen werden Tränen lachen!

Der kleine braune Mann indessen weint sie — trotz dieses »neuesten Unterhaltungs spiels«.

# Wankende Arbeitsfront

## Bergherren-Organisation besteht weiter

Während der Ley noch auf Reisen ist, um Betriebsappelle zu proben, wird zu Hause seine Arbeitsfront in Ordnung gebracht. Er selbst war erst kürzlich vom Führer und Stabsleiter der DAF zum Reichsorganisationalleiter hinabbefördert worden. Jetzt läßt Schacht — im Namen von Ley — verlautbaren, daß der bisherige Führer des Reichstandes des deutschen Handwerks und des deutschen Handels, Dr. Adrian von Renteln, zum Stabsleiter der Arbeitsfront avanciert ist. Diese Berufung eines der Agitatoren des »Kampfbundes für den gewerblichen Mittelstand« an die Spitze der Arbeitsfront sollte auch bei den naivsten Nazis jeden Zweifel über die Art der im Gang befindlichen Reorganisation beseitigen. Seit Beginn 1935 hat auch die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, deren Auflösung ihr Leiter Albert Forster, früherer Geschäftsführer des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes, vergeblich zu verschleppen gesucht hatte, aufgehört zu bestehen. Die Tageszeitung des Ley, »Der Deutsche«, geht diesen Monat gleichfalls ihrem Ende entgegen. Aber auch die Fach- und Berufszeitschriften der einzelnen Reichsbetriebsgemeinschaften, die immer noch gelegentlich ein Wort über Unternehmersausbeutung gewagt haben, werden entwaffnet. Alle Einzelverlage der aus den früheren Gewerkschaften in die Arbeitsfront übergegangenen Arbeiterzeitungen werden in einem Zentralverband der DAF konzentriert. Die Redaktionen der Berufsblätter werden in einem zentralen Presseamt zusammengefaßt, dessen Leitung Herr Biala vom »Arbeiter« übernimmt. Ein »Informationsdienst« soll für die Uniformierung aller Arbeiterzeitschriften und der Werkszeitungen sorgen. Das Rauschen im Blätterwald der Arbeitsfront hat also die längste Zeit gedauert.

Das Organ der Reichsbetriebsgemeinschaft Bergbau, »Deutscher Bergbau«, vom 5. Januar 1934 singt noch einen Schwanengesang gegen den Verein für die bergbaulichen Interessen. Der »Deutsche Bergbau« stellt fest, daß sich der Durchdringung der Betriebe mit dem neuen Geist der Gemeinschaft »immer wieder irgendein gewisses, undefinierbares Etwas hindernd in den Weg gestellt habe.

»Wir sagten uns aber, es gibt doch keine Arbeitgeberverbände mehr, die sind doch samt und sonders aufgelöst. Aber dennoch mußte eine Stelle da sein, die regelmäßig den einzelnen Werken Informationen und Tips angab.... was ganz und gar dem Geist des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit widerspricht.... daß solche Bestrebungen vom Verein für die bergbaulichen Interessen, Sitz Essen, ausgehen könnten, kam uns vor derhand nicht in den Sinn.«

Dieser Verein sei, so meint das Blatt, nur deshalb nicht aufgelöst worden, weil es sich bei ihm »nicht um einen Arbeitgeberverband, sondern um eine Vereinigung handelte, die wissenschaftlichen Interessen des Ruhrbergbaues dienen sollte.« Das Blatt der Bergarbeiter im Dritten Reich sagt verwundert, es hätte dem Verein für die bergbaulichen Interessen nie zugetraut, daß er sich »auf Seitenwege begeben und in liberalistische Tendenzen zurückfallen könnte«. Wie aus allen Wolken gefallen, fragt der »Deutsche Bergbau« hinsichtlich der wissenschaftlichen Forschungsarbeit auf dem Gebiete der Bergbautechnik und Kohlenveredlung:

»Was hat zum Beispiel das Rundschreiben Nr. 139 vom 2. November 1934 der oben erwähnten Vereinigung mit Wissenschaft zu tun, wenn man sich mit der Beitragsentziehung der Arbeitsfront befleißt.«

Dann wird auf das furchtbare Unglück auf der Schachtanlage 45 der Gewerkschaft Vereinigte Constantin der Große in Herne verwiesen. Durch Schweißen unter Tage, das man auf dieser Anlage ohne Wissen der Bergbaubehörde betrieben hatte, waren bei einer Schlagwetterkatastrophe neun Bergleute ums Leben gekommen. Der zuständige Berghauptmann von Dortmund hatte dann auf Grund eingehender Untersuchungen eine Verfügung an die Bergrevierbeamten erlassen, die sich gegen die Verwendung von Schweißgeräten und Lötlampen unter Tage richtet. Da diese Verfügung »den Herren vom Verein für die bergbaulichen Interessen nicht in den Kram zu passen schien«, gaben sie am 16. November ein Rundschreiben gegen den Dortmunder Bergbauhauptmann heraus, das im »Deutschen Bergbau« im Wortlaut abgedruckt ist. Es wird darin erklärt, daß das Verwendungsverbot von Schneidbrennern, Schweißgeräten und Lötlampen unter Tage Schwierigkeiten bereiten würde, dann heißt es wörtlich:

»Es ist deshalb notwendig, dem Oberbergamt den Nachweis zu erbringen, daß zu manchen Arbeiten die Schneid-, Schweiß-

und Lötgeräte nicht entbehrt werden können, wenn Betriebsunterbrechungen vermieden werden sollen.«

Dann werden in einem Fragebogen Angaben über die Streckenlänge der geschweißten Schienen, die Länge der geschweißten Niederdruckleitungen usw. verlangt. Das Rundschreiben und die ganze Erhebung haben den Zweck, die Verfügung des nationalsozialistischen Aufsichtsbeamten schnellstens wieder zu beseitigen. Es ist den Grubengewaltigen völlig gleichgültig, ob die Gefahrenquellen, die ihren Bergklaven immer wieder das Leben kosten, weiter bestehen, die Hauptsache bleibt, daß der Profit nicht durch bergbaupolizeiliche Vorschriften nicht geschmälert werden darf. Das Nazi-Bergarbeiterorgan bezweifelt den wissenschaftlichen Charakter solcher Aktionen der bergbaulichen Vereine und schreibt:

»Wissenschaft hat nur dem Wohl des Volkes zu dienen. Wenn sie jedoch dazu da sein soll, einseitigen Interessen zu dienen, kann man nicht mehr von Wissenschaft sprechen, sondern höchstens noch von „wissenschaftlich verbrämtem Egoismus“.«

Die braunen Arbeiterverräter sollten es aufgeben, noch länger ihre Unzufriedenheit mit solchen Vorkommnissen zu äußern. Es war voraussehen, daß die ganze Bergbaupolizei machtlos sein wird, wenn auf Arbeiterseite keinerlei Organisationskraft mehr vorhanden ist, die für die Innehaltung der Sicherheitsvorschriften Sorge trägt. Der »wissenschaftliche« Verein für die bergbaulichen Interessen, d. h. für die Unternehmerinteressen, pfeift auf das Leben der Bergklaven, wenn der Profit in Frage steht.

Jetzt, nachdem die Bergleute schutzlos solch vermeidbaren Grubenkatastrophen ausgeliefert sind, wirft die Reichsbetriebsgemeinschaft die Frage auf, ob es überhaupt »recht

## Verfluchte Menschlichkeit

Die Niedertracht der Juden kennt keine Grenzen. Der biedere ehrliche »Fridericus« des Herrn F. C. Holtz ist soeben einer neuen semitischen Ruchlosigkeit auf die Spur gekommen.

In Hamburg an der Elbe lebt ein alter wetterfester lettischer Seemann, der zeitweilig auf englischen Schiffen gefahren war. Er war in keiner Krankenkasse, in keiner Invaliden- und Unfallversicherung. Eines Tages passierte dem lettischen Seemann ein Malheur. Er zog sich ein Bruchleiden zu. Der Arme, der wegen seines Leidens nicht amüsten konnte, lief von Pontius bis Pilatus, um sich den Bruch operieren zu lassen. Aber da er kein Geld hatte, wurde er sanft, aber eindringlich aus jedem Krankenhaus hinauskomplimentiert. Er bettelte, er flehte — umsonst. Man zuckte die Achseln, rief zackig »Heil Hitler!« und bedeutete dem Letten, daß es wider den Sinn der Volksgemeinschaft sei, Ausländer kostenlos zu behandeln. Er solle sich gefälligst an seinen Konsul wenden. Der arme Matrose ging endlich zum Jüdischen Krankenhaus. Dort warf man den mittellosen lettischen Proletarier nicht etwa kurz angebunden hinaus, man hat ihn vielmehr operiert, gut gepflegt und völlig wieder hergestellt, ohne auch nur einen roten Heller von ihm zu verlangen.

Diese Untat kommentiert der »Fridericus« nun mit folgenden klassischen Sätzen:

»Seitdem läuft dieser lettische Seemann überall umher und erzählt, was die Juden für außerordentlich gute Menschen seien, während die Hilfsbereitschaft der Deutschen sehr zu wünschen übrig lasse. Höchstwahrscheinlich hätten die Juden den Seemann nicht umsonst behandelt, wenn nicht von den deutschen Krankenkassenanstalten eine kostenlose Behandlung abgelehnt worden wäre... Man sollte Mittel und Wege finden, eine derartige jüdische Propaganda zu unterbinden!«

Daß aber der »Fridericus« die Staatsgewalt dazu auffordert, gegen »diese Art« der jüdischen Propaganda einzuschreiten, sagt über das moralische Klima Hitlerdeutschlands alles.

»Schlagt sie tot, sie weigern sich, Barbaren zu sein!« so also lautet die neue Variante des Antisemitismus.

Pierre.

## Treuhänder — aber für wen?

Im Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit ist die Einrichtung der Treuhänder als Beschwerdestelle für den Betriebsführer und seine Gefolgschaft verankert worden.

ist, daß sich der bergbauliche Verein um wirtschaftliche Dinge kümmert, er sollte sich auf seine wissenschaftliche Forschungsarbeit beschränken. Jetzt, nachdem Adolf Hitler der Gefangene der Schwerindustrie geworden ist, schreibt der »Deutsche Bergbau«:

»Bedenkt man weiterhin, daß durch die Verordnung unseres Führers vom 24. Oktober 1934 der Deutschen Arbeitsfront die Klärung aller sozialen Fragen übertragen wurde, dann bleibt unter Berücksichtigung dieser Umstände für den V. f. d. b. J. nur noch die rein wissenschaftliche Arbeit übrig... Wir glauben annehmen zu dürfen, daß diese Sachlage den einzelnen Verantwortlichen bislang kaum zum Bewußtsein gekommen ist, so daß kein böser Wille vorliegt.«

Die unverantwortlich Verantwortlichen im Dritten Reich haben nur den einen Willen, willige Lakaien des Großkapitals zu sein. Ob das ein guter oder böser Wille ist, werden die Amtswalter der Reichsbetriebsgemeinschaft Bergbau wahrscheinlich erst begriffen haben, wenn sie selbst und ihre nationalsozialistischen Bergrevierbeamten vom »wissenschaftlichen« bergbaulichen Verein gänzlich zum Teufel gejagt sind. Ihre Berufung auf die Sozialverfassung Adolf Hitlers vom 24. Oktober 1934 zeigt nur, daß die Bergherren »den Führer« besser kennen, als Nazi-funktionäre in der Arbeitsfront, die noch vom Arbeiterschutz fasziniert.

Solche Irrtümer in der Beurteilung des Führerwillens und der guten Absichten des Vereins für die bergbaulichen Interessen dürften freilich dem »Deutschen Bergbau« in Zukunft nicht mehr unterlaufen. Das neue Presseamt der Deutschen Arbeitsfront unter Leitung Adrians von Renteln wird für die ausreichende Einheitlichkeit in der Wahrnehmung des neuen Gemeinschaftsgedankens zu sorgen wissen.

Für alle Streitfälle, die sich nicht im Betriebe beliegen lassen, soll der Treuhänder die Entscheidung herbeiführen. Es war von Anfang an kein Zweifel darüber, daß diese Treuhänder zuverlässige Schützer der privatkapitalistischen Interessen sein würden. Das kam schon in den für diese Posten berufenen Personen zum Ausdruck, unter denen sich u. a. auch der Schwerekapitalist Thyssen befindet.

Bestätigt wird diese Auffassung durch die Bekanntgabe, daß bisher nur 61 Anklagen bei den Treuhändern eingereicht worden sind. Davon richteten sich 56 gegen den Unternehmer, der im nationalsozialistischen Jargon »Betriebsführer« genannt wird, 5 Anklagen gegen Arbeiter, von denen drei Vertrauensräte oder Betriebsobleute waren. In den Anklagen wurde in 22 Fällen wegen Beleidigung, häufig sogar mit Körperverletzung verbunden, und in 15 Fällen wegen unbilliger Ausnützung der Arbeitskraft Beschwerde geführt.

Natürlich hätten die Arbeiter, die früher vor den Arbeitsgerichten mit Hilfe ihrer gewerkschaftlichen Vertrauensmänner ihre sozialpolitischen und arbeitsrechtlichen Ansprüche durchsetzen konnten, im Dritten Reich der Entrechtung und der verschärften Ausbeutung viel mehr Grund, sich gegen die kapitalistische Willkür zu wehren. Aber da ihre Stellung in einem solchen Streitfall von vornherein hoffnungslos ist, verzichten sie in den meisten Fällen auf Abwehr und ertragen stumm den maßlos gesteigerten Druck.

So kommt es, daß sich auch nur 5 Klagen der Unternehmer gegen die Arbeiter richten.

Die Treuhänder haben 13 Urteile gefällt; 48 Anklagen sind demnach unerledigt geblieben. Unter den unerledigten befinden sich nicht die 5 Anklagen gegen die Arbeiter. Gegen sie wurde in zwei Fällen Entfernung von ihrem bisherigen Arbeitsplatz ausgesprochen, während in den anderen drei Fällen auf Verwarnung oder Verweis erkannt wurde. Außerdem wurde noch gegen 2 Unternehmer auf Verwarnung oder Verweis erkannt, gegen fünf Unternehmer Geldstrafen bis zu 1000 Mark ausgeworfen und in drei Fällen die Aberkennung der Betriebsführerrechte ausgesprochen.

Diese Urteilspraxis der Treuhänder zeigt ganz deutlich, daß sie sich zuerst und in voller Schärfe gegen die Arbeiter wendet und daß sie bestenfalls nur dann einen Unternehmer trifft, wenn dieser dem nationalsozialistischen Parteiregime abwartend oder gar ablehnend gegenübersteht.

Fritz Bielich.

## Die Drosselung der Genossenschaften

Die Erdrosselung des Genossenschaftswesens, vor allem der Konsumgenossenschaften, nimmt ihren Fortgang. Belegt wird das durch die Feststellung der Forschungsstelle für den Handel, die den Anteil der Genossenschaften am gesamten Umsatz des Einzelhandels in den letzten Jahren bekannt macht. Demnach betrug der prozentuale Anteil der Verbrauchergenossenschaften am Einzelhandelsumsatz

1930 . . . . .	4,4 Prozent
1931 . . . . .	4,5 . . .
1932 . . . . .	4,2 . . .
1933 . . . . .	3,4 . . .
(1. Halbjahr) 1934 . . . . .	2,7 . . .

Fast im gleichen Umfang ist der Anteil der Waren- und Kaufhäuser zurückgegangen. Zu einem Teil drückt sich in dem Anteilrückgang der Verbrauchergenossenschaften auch der stille Boykott der Genossenschaftler gegen ihre von den Nationalsozialisten geraubten Unternehmungen aus.

## Es war nichts!

In dem »Wirtschaftsplan« des Dr. Schacht spielt die Förderung der inländischen Rohstoffproduktion eine bedeutsame Rolle. Eine besondere Unterstützung hat im letzten Jahre die Erdölgewinnung erfahren, für die die Reichsregierung viele Millionen Mark zur Verfügung stellte, um neue Oelfelder in Deutschland zu erschließen. Der Erfolg ist außerordentlich mager. Zwar ist nach den Angaben des Instituts für Konjunkturforschung die Erdölgewinnung von 20.000 t im Monat 1933 auf 29.000 t im Monat 1934 gestiegen. Aber für den deutschen Rohöl- und Treibstoffbedarf bedeutet das so gut wie nichts. Das Institut für Konjunkturforschung selbst bemerkt zu diesen Ziffern:

»Aus 29.000 t Rohöl gehen, wenn man die Sätze der Treibstoffausbeute beim Kracken und der Vordestillation zugrunde legt, rund 12.000 t Benzin und 2200 bis 2600 t Gasöl hervor. Bei einem Verbrauch von monatlich rund 100.000 t Benzin und 50 bis 60.000 t Gasöl beträgt der Anteil der aus deutschem Erdöl erzeugten Brennstoffe, also nur 12 bzw. 4 Prozent. Am gesamten Treibstoffverbrauch des Jahres 1934 dürften die aus deutschem Erdöl gewonnenen Treibmittel mit etwa 6 bis 7 Prozent beteiligt sein gegenüber 6 Prozent im Jahre 1933 und 5 Prozent im Jahre 1932.«

Da kann man schon von einem glatten Mißerfolg sprechen, wenn für die vielen Millionen Reichsmark nur eine Steigerung der Treibmittelgewinnung aus deutschem Erdöl von nicht einmal 2 Prozent erreicht werden konnte! Wobei außerdem nicht vergessen werden darf, daß die Produktionskosten ungleich viel höher sind als für die ausländischen Treibmittel.

## Neuer Vorwärts Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: »Graphica«; alle in Karlsbad; Zeitungstarif bzw. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933.

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR. Kc 1.40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kc 18.—). Preis der Einzelnummer im Ausland Kc 2.— (Kc 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien Frs. 2.— (24.—), Bulgarien Lew 8.— (96.—), Danzig Guld. 0.30 (3.60), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1.50 (18.—), Großbritannien d 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0.15 (1.80), Italien Lit. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B. Frs. 2.— (24.—), Norwegen Kr. 0.35 (4.20), Oesterreich Sch. 0.40 (4.80), Palästina P. Pf. 0.018 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Saargebiet F. Fr. 1.50 (18.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Frs. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Pengö 0.35 (4.20), USA. 0.08 (1.—).

Einzahlungen können auf folgende Postscheckkonten erfolgen: Tschechoslowakei: Zeitschrift »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Prag 46.149. Oesterreich: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Wien B-198.304. Polen: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Warschau 190.163. Schweiz: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Zürich Nr. VIII 14.097. Ungarn: Anglo-Chechoslovakische und Prager Creditbank, Filiale Karlsbad, Konto »Neuer Vorwärts« Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Chechoslovakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad, Konto »Neuer Vorwärts«, Beograd Nr. 51.905. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.